



Foto: transit/C. v. Polentz

Alle in einem Boot: Beim wiederholten Warnstreik vor der Bundesdruckerei erhielten die Drucker am 5. Juni Solidaritäts-Besuch von 1.500 streikenden Telekombeschäftigten.

JOHANNISFEST

Die Jünger und Mägde der Schwarzen Kunst aus dem ver.di Fachbereich Medien, Kunst und Industrie und dem Karl-Richter-Verein e.V., unterstützt von den Kollegen der „Historischen Druckerei Otto Schneider“ im Kreuzberg-Museum, laden ganz herzlich ein zum **Johannisfest, im Hof des Hauses der Buchdrucker, Dudenstraße 10, am Sonnabend, 23. Juni 2007, 15 Uhr bis 21 Uhr, Motto: Vom GUTENBERG zum DIGITAL!?** Da wir am 23. Juni nur in Johanni hinein feiern können, wird das **Johannisfest am 24. Juni von 14 bis 22 Uhr im Kreuzberg-Museum, Adalbertstraße 95a, 10999 Berlin, U-Bahn Kottbusser Tor, weitergeführt (siehe S. 15).**

DRUCKER ERSTRITTEN MEHR ALS EIN TRINKGELD

Warnstreiks auch in Berlin schafften den Durchbruch

In der fünften Verhandlungsrunde am 5./6. Juni gab es die Lösung. Bundesweite Warnstreiks in insgesamt 117 Betrieben der Druckindustrie – in Berlin waren das Axel-Springer-Druckhaus in Spandau und die Bundesdruckerei beteiligt – machten klar: Die Beschäftigten wollten sich nicht mit einem „Trinkgeld“ abspesen lassen, sondern endlich wieder eine kräftige Lohnerhöhung sehen. Nun steht zumindest die Drei vor dem Komma.

„Nach langer Blockadehaltung der Arbeitgeber“, vermeldet ver.di am Morgen des 6. Juni, habe der „massive Warnstreikeinsatz der Beschäftigten“ doch noch einen Abschluss ermöglicht: 3,0 Prozent Entgelterhöhung ab 1. Juli, weitere 2,2 Prozent nach zwölf Monaten und eine Gesamtlaufrunde des Vertrages von zwei Jahren, das sind die wesentlichen Eckpunkte des neuen Tarifvertrages für die Druckindustrie. Zudem konnte der Tarifvertrag zur Altersteilzeit in der Druckindustrie unverändert bis Ende 2009 ver-

längert werden. Fazit: Das „Wünsch-dir-Was“ der Arbeitgeber konnte abgewehrt werden. Es gibt keine betrieblichen Öffnungsklauseln zu den Lohnbestandteilen und keine variablen Bestandteile im Lohnabkommen. Das ist ein Erfolg.

Dennoch liegt der Abschluss weit von den ursprünglichen Tariforderungen entfernt. Die gewerkschaftliche Tarifkommission hatte Anfang des Jahres eine klare Ansage gemacht: Mit 6,5 Prozent Einkommenszuwachs für die nächsten 12 Monate war eine Forderung ge-

stellt, die die Druckindustrie wieder an die allgemeine Lohnentwicklung ankoppelt. Außerdem würde so den hohen Anforderungen an Qualifikation, Flexibilität und Leis-

**Arbeitgeber-Taktik:
Branche schlechtreden**

tungsbereitschaft der Beschäftigten in der durch Schicht- und Nachtarbeit geprägten Branche und der gestiegenen Produktivität

Rechnung getragen. Um 9,8 Prozent stieg die Arbeitsproduktivität allein in den letzten zwei Jahren, Leistungsverdichtung und höhere Arbeitsbelastung sind die Folge, die Auftragslage in der Branche ist gut, rechnete ver.di den Arbeitgebern vor. Doch die sahen die Situation gänzlich anders, appellierten an die Gewerkschaft, einem „wirtschaftlich verträglichen Abschluss zuzustimmen“.

Wie der aussehen sollte, hatten sie im März deutlich gemacht: 1,8 Prozent Steigerung bis 1. April 2008 und dann weitere 2,0 Prozent sowie Einmalzahlungen für die „Leuchttürme“ der Branche, die – quasi freiwillig gezahlt – nicht tabellenwirksam werden. Um die Kuh vom Eis zu bekommen, legte ver.di in der vierten Verhandlungsrunde Ende Mai einen modifizierten Vorschlag vor. Dass die Verhandlungen nicht platzen und schließlich doch ein, so ver.di, „respektabler Abschluss“ zustande kam, bewirkten vor allem die Warnstreiks von insgesamt 10000 Beschäftigten bundesweit. Die Debatten sind damit freilich nicht beendet. **neh**

Bewegte Zeiten! Während ich schreibe, befinden sich die Kolleginnen und Kollegen der Telekom in der vierten Streikwoche, die Tarifverhandlungen in der Druckindustrie sind in die fünfte Runde gegangen, im Einzelhandel müssen nach „Liberalisierung“ des Ladenschlusses die Zuschläge für ungünstige Arbeitszeiten neu erstritten werden, die Beschäftigten der Postdienste müssen sich mit „Liberalisierung“ des Postgesetzes gegen Lohndumping und Prekarisierung der Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen...

In Berlin und Brandenburg läßt sich die Aufzählung fortsetzen: Tariffucht in Brandenburger Kliniken, Weigerung des Berliner Senats, für die Landesbeschäftigten Anschluss an die Einkommensentwicklung des öffentlichen Dienstes zu halten, gescheiterte Tarifverhandlungen für Bodentransportdienstleister der Flughäfen.

Dies alles, während „nebenan“, in Mecklenburg-Vorpommern, die acht reichsten Staaten der Welt ihren Gipfel zu Fragen der Weltwirtschaft abhalten, zu einer Globalisierung, die jede Menge VerliererInnen und nur wenige Gewinner hervorbringt.

Was sind unsere Leitlinien, unsere Vorhaben in den nächsten Monaten, was unsere Ziele für Berlin und Brandenburg? Darum ging es auf unserer Landesbes-

zirkonferenz am 21. und 22. April. Eines ist inzwischen allen Mitgliedern unserer Organisation klar geworden: Der Telekomkonflikt geht uns alle an! Dass ein Konzern, der mehr als 3 Mrd. Dividenden ausschüttet, gleichzeitig 50.000 seiner Beschäftigten buchstäblich verhöckern will, der Managementfehler unseren Kolleginnen und Kollegen anlastet

Folgen bleiben. Auch deshalb gilt den Telekom-Beschäftigten unsere uneingeschränkte Solidarität!

Soeben hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Unternehmenssteuerreform verabschiedet. Danach soll die Gesamtsteuerlast der Konzerne von rund 39 Prozent auf knapp unter 30 gesenkt werden. Während die bundesdeutschen DAX-Unternehmen ei-

lung glatt verzweifeln. Aber genau das dürfen wir eben nicht.

ver.di hat in den vergangenen Jahren durchaus Erfolge zu verzeichnen. Mit der Lidl- und mit der Mindestlohn-Kampagne haben wir viele Menschen erreicht. Die Würde und der Wert der Arbeit sind wieder zum Thema geworden. In der Öffentlichkeit wächst angesichts des Klimawandels die Nachdenklichkeit über die Grenzen des Wachstums. Wenn über den Raubbau an der Natur diskutiert wird, ist es nicht weit zu der Frage, wo denn der Raubbau am Menschen beginnt. Globale Klimakatastrophen bringen den Planeten aus dem Gleichgewicht – bringt nicht auch der Kapitalismus die Menschen aus dem Gleichgewicht? Wie lange ist Geiz wirklich geil? Sollten wir nicht endlich über die Qualität der Arbeit reden, statt immer nur über ihren Preis?

Ich bin fest davon überzeugt, dass Werte wie Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität wieder Konkunktur bekommen werden. Wir haben den richtigen Weg gewählt, jetzt geht es darum, möglichst viele zum Mitkommen zu bewegen: Zusammenhalten, Alternativen aufzeigen, gegensteuern, Menschen überzeugen, das ist unsere Aufgabe. Es ist die große Chance von ver.di, über Branchengrenzen hinweg, hinein in die Gesellschaft, Umdenken und einen Richtungswechsel im Handeln zu bewirken.

AUF EIN WORT

WIE LANGE NOCH RAUBBAU AM MENSCHEN?



Foto: transilv. Polentz

SUSANNE STUMPENHUSEN,
VER.DI-LANDESLEITERIN BERLIN-BRANDENBURG

und sie mit Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen in die Knie zwingen will, können wir nicht hinnehmen. Allein in Berlin und Brandenburg sind mehr als 5000 Arbeitsplätze bedroht. Wenn die Konzernleitung sich durchsetzt, wird das nicht ohne

nen Gewinnrekord nach dem anderen melden und gleichzeitig zigtausende von Beschäftigten entlassen, ausgliedern und Lohnsenkungen verlangen, wirft die Bundesregierung ihnen neuerlich Geld hinterher. Man könnte an dieser Ignoranz und Fehlorientie-

BUCHTIPP

GEWERKSCHAFTEN UND RECHTSEXTREMISMUS

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT 2007

Ihrem Selbstverständnis nach sind die Gewerkschaften Bollwerke gegen Neofaschismus und Rassismus. Dennoch sind auch die Beschäftigtenorganisationen keineswegs immun gegen rechtsextreme Einflüsse. Das belegte u.a. eine zwischen 2002 und 2004 von einem Forscherteam um den Berliner Politikwissenschaftler Bodo Zeuner erarbeitete Studie (Sprachrohr berichtete). Auf deren Grundlage präsentieren die Autoren nun Schlussfolgerungen und Gegenstrategien.

Die Resultate der Repräsentativbefragungen mit rund 2000 Gewerkschaftsmitgliedern und ebensoviele nicht gewerkschaftlich

organisierten – ergänzt durch Gruppengespräche mit 58 Funktionären – hatten unter Gewerkschaftern seinerzeit für Aufregung gesorgt. „Gewerkschaftsmitglieder sind ebenso anfällig für Rechtsextremismus wie die Gesamtbevölkerung, eine bestimmte Stammklientel der Gewerkschaften ist sogar überdurchschnittlich anfällig“, lautete das Fazit der Untersuchung.

In dem nun vorgelegten Band versuchen die Wissenschaftler, einige Handlungsorientierungen für die gewerkschaftliche Arbeit – nicht nur in der Bildung – zu geben. Sie plädieren dafür, die Abwehr rechter Ideologien, ähnlich wie beim „Gender Mainstreaming“, zur Querschnittsaufgabe in der Politik der Gewerkschaften zu machen. Vor allem sollten diese „rechtsextremen Deutungen in ihrer Alltagsarbeit entgegentreten und dazu ihre große Kompetenz als Bil-

dungsinstitution nutzen“. Die Wissenschaftler sprechen zudem eine deutliche Warnung vor „standortverteidigendem Wettbewerbskooperatismus“ aus, durch den die Idee gegenseitiger Solidarität von Lohnabhängigengruppen kontinuierlich untergraben werde. Rechtsextremem Denken wird demnach Vorschub geleistet, „wenn gewerkschaftliche Deutungen der Globalisierungselber in einen Unschärfbereich personalisierter Verschwörungstheorien abdriften (...) oder wenn die gewerkschaftliche Politik sich von der Hoffnung auf einen nationalen Standortkorporatismus („Firma Deutschland“) leiten lässt und national exklusive Solidarität fördert.“

Statt auf die Abschottung der „Wohlstandsinsel“ Deutschland zu orientieren, empfehlen die Autoren eine Stärkung der grenzüberschreitenden Gewerkschaftsarbeit in Europa und darüber hinaus:

„Durcheine (...) verstärkte Internationalisierung, die sich nicht in Vorstandsdiplomatie erschöpft, sondern zur Querschnittsaufgabe der Organisation wird und die Mitgliederorientierung verändert, könnten die europäischen Gewerkschaften neue Kraft entwickeln, ihre Schutzaufgaben lösen und damit gleichzeitig dem Rechtsextremismus Wind aus den Segeln nehmen.“ Ergänzt wird das leistungswerte Buch durch ausführliche Literaturhinweise sowie Interviews mit dem langjährigen Thüringer ver.di-Landesfachbereichsleiter Handel Angelo Lucifero, und dem Antifa-Aktivistin Florian Osuch.

Daniel Behruzi

Bodo Zeuner/Jochen Gester/ Michael Fichter/Joachim Kreis/ Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften. Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 2007, 143 Seiten, 14,90 Euro, ISBN: 978-3-89691-590-0

Gute Bücher – ein Grund zum Feiern

ver.di-Literaturpreis Berlin-Brandenburg an Beate Dölling und Klaus Kordon

Mit „Zähnen und Klauen“ habe man in Zeiten der Sparsamkeit den ver.di-Literaturpreis verteidigt – und deshalb gab es am 19. April in schöner Tradition erneut Feierstunde, Preisgeld, Buffet, stimmungsvolle Saxophonklänge von Tine Tandler und Superblick aus dem obersten Stock des ver.di-Gebäudes auf Berlin. Susanne Stumpenhusen, ver.di Landesbezirkschefin, meinte: „Gute Bücher sind immer ein Grund zum Feiern.“ Und Grund zur Freude hatten dann auch Beate Dölling, die für ihr Buch „Hör auf zu trommeln, Herz“ geehrt wurde, und Klaus Kordon, der den Preis für „Julians Bruder“ erhielt.

Diese Auszeichnung sei auch Ausdruck dessen, dass sich ver.di als Gewerkschaft für Selbständige versteht, sagte Stumpenhusen zur Begrüßung. Mit Blick auf Änderungen im Urheberrecht, mit dem Erlöse aus urheberrechtlich geschützten Werken zuungunsten schöpferischer Arbeit umverteilt werden, seien Selbständige mehr denn je auf den Schutz der Gewerkschaft angewiesen. Unter ihnen existiere das Prekariat schon lange in vielfältiger Form.

An diesem Abend aber standen nicht die wirtschaftlich schwierige Situation von Schriftstellern im



Beate Dölling und Klaus Kordon (Mitte) – beglückwünscht von Susanne Stumpenhusen, Helmut Routschek, Horst Bosetzky und Monika Erhardt-Lakomy (v.r.n.l.)

Mittelpunkt, sondern zwei bemerkenswerte Bücher für Jugendliche. Die Jury erkannte Beate Dölling und Klaus Kordon einmütig und zu gleichen Teilen den Preis zu. VS-Vorsitzender Horst Bosetzky würdigte zur Übergabe auch das Engagement von ver.di für die Fortexistenz des Literaturpreises.

Till Sailer, der die Laudatio auf die in Osnabrück geborene, in Brandenburg und Berlin lebende Beate Dölling hielt, bezeichnete ihr Buch als ein „sorgfältig gearbeitetes Stück Literatur, komisch und ernst zugleich“. Die fessel-

de Handlung um die junge Hauptheldin aus einem brandenburgischen Dorf zehn Jahre nach der Wende in ihrem Hin- und

**Berührende, sehr
verschiedene Texte**

Hergerissensein zwischen zwei Orten und zwei Lieben verleihe der „heranwachsenden Generation Stimme und Gesicht“. „Hör auf zu trommeln, Herz“ sei für und über Jugendliche, doch nicht nur für sie lesenswert.

Nina Petrick hielt die zweite Laudatio auf den seit 1980 als freier Schriftsteller arbeitenden und mit zahlreichen Preisen für Kinder- und Jugendliteratur geehrten Klaus Kordon. Der ver.di-Preis für „Julians Bruder“ schließe sich verdientermaßen an. „Abseits des Üblichen“ fange das Buch „eindringlich und ungekünstelt“ ein dunkles Kapitel ein.

Die Geschichte von Paul und Julian, die wie Brüder im Berlin der 20er und 30er Jahre aufwachsen, wirft die Frage von individueller und kollektiver Schuld und Verantwortung auf. Der jüdische Julian überlebt, weil Paul und seine Schwester Bille ihn verstecken. Nach Kriegsende werden beide Jungen aber ins sowjetische „Umerziehungslager“, das ehemalige KZ Buchenwald verschleppt, was Julian nicht übersteht. Wie Klaus Kordon berichtete, beruht diese Geschichte auf einem wahren Schicksal. Der Autor stieß während seiner umfangreichen Recherchen – „die mich sehr mitgenommen haben“ – auf erschütternde Schicksale oft sehr junger Menschen.

Die kurzen Leseproben von Beate Dölling und Klaus Kordon machten Lust, mehr zu hören. Empfehlung: Kaufen und weiterlesen! **Bettina Erdmann**

Globale 07: Eingreifendes Kino

Arbeitskämpfe als Programmschwerpunkt des Filmfestivals

Der Ausstand bei der Telekom zeigt es: Arbeitskämpfe sind in Deutschland, das einmal als Mutterland des Arbeitsfriedens galt, längst kein Tabu mehr. Am diesjährigen globalisierungskritischen Festival Globale 07, das vom 6. bis 16. Mai mit großer Resonanz in Berlin stattfand, waren Streiks sogar ein Programmschwerpunkt. Learning vom Klassenkampf hieß die Programmschiene.

Beiträge vom französischen Eisenbahnerstreik waren dort ebenso zu sehen wie Filme über die monatelangen Auseinandersetzungen bei Gate Gourmet oder

den wilden Streik bei Opel. Großes Interesse fand auch der Rohschnitt eines Films über den Arbeitskampf beim Bosch-Siemens-Hausgerätewerk in Berlin-Spandau im Jahre 2006. Deutlich war zu sehen, wie sich die Euphorie der streikenden Belegschaft in Wut und Verzweiflung auch über den DGB verwandelt. Der hatte den letzten Abschnitt eines bundesweiten Marsches der Solidarität abgeblasen, nachdem ein Kompromiss mit der Firmenleitung erzielt worden war. Von der großen Mehrheit der Aktivist*innen im Betrieb wurde diese Entschei-

dung nicht verstanden. Die Vereinbarung erreichte daher auch nur knapp die vorgeschriebenen 25 Prozent Zustimmung. Nach dem Film gab es noch eine lange Diskussion mit dem Filmemacher und einem ehemaligen Streikaktivisten.

Diese Debatten sind auch das Markenzeichen der Globale, das es von anderen Filmfestivals zum Thema Arbeitswelt unterscheidet. Oliver Lerone-Schultz von Labourmovie, der für das Programmkonzept auf der Globale 07 verantwortlich war, will mit den Filmen direkt in gesellschaft-

liche Kämpfe eingreifen. Das ist gelungen. So besuchten die Teilnehmer eines Workshop zu den Arbeitsbedingungen bei Lidl, darunter wegen ihres Gewerkschaftsengagements entlassene Verkäuferinnen, vor Ort eine Filiale des Grossisten. Der Film „Bahn unter den Hammer“, der das gegenwärtige Agieren des Deutsche-Bahn-Management heftig kritisiert, wurde direkt an die Wände des Konzernhochhauses am Potsdamer Platz projiziert.

Die Globale endete mit einer Videokundgebung auf dem Boxhagener Platz in Berlin-Friedrichshain, auf der zu Protesten gegen die Politik der G8 aufgerufen wurde. Auf die nächste Globale im Mai 2008 darf man jetzt schon gespannt sein.

Peter Nowak

Dreißigjährige mit ungewisser Zukunft

Stadtilustrierte „zitty“ will sich als Hauptstadtmagazin verändern

Jubiläen bieten sich immer an zum Staunen und zum Schwelgen in den „guten alten Zeiten“. Auch zum 30. Geburtstag der Berliner Stadtilustrierten „zitty“ wurde ausgiebig Rückschau gehalten, gleichzeitig mit einem umfassenden Relaunch das Startzeichen für Veränderungen gegeben.

Nur wenig ist von dem geblieben, was 1977 den Ausschlag für die zitty-Gründung gab. Allgemeine Aufbruchstimmung, soziale Bewegungen, selbstverwaltete Projekte und eine alternative Kulturlandschaft waren nicht nur in West-Berlin der Nährboden, auf dem ungewöhnliche Zeitungen und Zeitschriften entstehen konnten; 1977 entstand immerhin auch die „tageszeitung“.

Die „zitty“-Gründung hatte freilich eine spezielle Vorgeschichte; existierten mit „tip“ und „Hobo“ seinerzeit doch bereits zwei Stadtmagazine. Bei „Hobo“ überwarfen sich jedoch mehrere Mitarbeiter mit dem Verleger, nicht zu-

**Politisches Engagement
ist längst Geschichte**

letzt, weil er ihnen die Gehälter schuldig blieb. Dreizehn Leute verließen den Verlag und gründeten mit „zitty“ ihr eigenes Stadtmagazin. Wolfgang Rügner, Mitgründer und bis 2002 Grafiker bei „zitty“, beschreibt im Jubiläumshft die chaotischen Verhältnisse zu Beginn des Projektes: „Die Leute fanden das Hft prima... Aber gekauft haben viele die ‚zitty‘ trotzdem nicht...“

Gerade mal 6.000 von 30.000 gedruckten Hften der Erstausgabe konnten die „zitty“-Macher an die Kundschaft bringen, während „tip“ eine Auflage von 40.000, „Hobo“ von 13.000 hatte. Doch einige Hfte später ging es bereits aufwärts, „Hobo“ verschwand vom Markt. Fortan teilten sich „tip“ und „zitty“ den Hauptmarkt der Kunden für Programmzeitschriften in West-Berlin. „tip“ hatte dabei den Ruf des eher unpolitischen Kulturlattes, während



Prophetische Gaben hatten die Macher bei dieser Ausgabe von Anfang November 1989

„zitty“ vor allem als Blatt der Bürgerinitiativen, Hausbesetzer und Alternativszene galt. Witzige bis schräge Titelbilder, große Mengen an Cartoons und Karikaturen sowie das charakteristische Billigpapier galten jahrelang als „zitty“-Markenzeichen.

Doch die Zeiten des besonderen politischen Engagements der Macher sind längst Geschichte. Auch das Gütesiegel der Anfangsjahre „Das Blatt ohne Verleger“ ist heute nur noch eine kuriose Fußnote. Spätestens mit dem Verkauf an den Holzbrinck-Verlag 1999/2000 wurde ein gänzlich neues Kapitel „zitty“-Geschichte begonnen. Bereits in den Jahren davor hatte es einen schleichen Wandel vom basisdemokratischen zum hierarchisch strukturierten Betrieb gegeben.

Ein langjähriger Mitarbeiter erinnert sich: „Wir haben uns früher mit dem Blatt identifiziert. Da wurde dann oft bis in die Nacht und auch am Wochenende gearbeitet. Heute würde sich kaum jemand so für ‚zitty‘ aufreiben.“

Vielleicht am ehesten Chefredakteur Matthias Kalle. Er ist – nach einem sechsmonatigen Ausflug zu „Vanity Fair“ – bereits zum zweiten Mal in dieser Position bei „zitty“, kennt aber die „wilden“ Jahre bei der Stadtilustrierten nur aus Schilderungen. Umso mehr möchte

er das Hft mit dem Relaunch nun für neue Ideen öffnen. „In den vergangenen Jahren gab es eine starke Abkehr von der ‚zitty‘-Tradition“, gesteht er ein. Ihm gehe es darum, dass das jetzt als „Hauptstadtmagazin“ apostrophierte Blatt verschiedene Lebenswirklichkeiten der Stadt wiedergebe.

Während am Relaunch nach Erscheinen der ersten Ausgabe im neuen Gewand weiter gefeilt wurde, sorgten im „zitty“-Verlagsgebäude am Tempelhofer Ufer in Kreuzberg verschiedene Gerüchte für erhebliche Unruhe in der knapp fünfzigköpfigen Belegschaft: Die Grafik soll möglicherweise ausgelagert werden oder in der entsprechenden Abteilung bei der Holzbrinck-Tochter „Tagespiegel“ aufgehen. Auch die Bereiche Kleinanzeigen und gestaltete Anzeigen könnten verlagert werden; hier sollen eventuell Synergien mit der „Zweiten Hand“ genutzt werden, die ebenfalls zum Großverlag Holzbrinck gehört. „Auch die Programmfassung soll ausgelagert werden“, sagt ein langjähriger „zitty“-Mit-

arbeiter. Das alles trage nicht gerade zum Stimmungsaufschwung in der Belegschaft bei. Große Hoffnungen setzen Matthias Kalle und viele seiner Mitstreiter nun freilich in die frische Aufmachung des Blattes – zumal „tip“ vor einiger Zeit mit einer solchen Verjüngungskur erfolgreich war. Die aktuelle Auflage von rund 55.000 Hften der zweiwöchentlich erscheinenden Programmzeitschrift soll jedenfalls dank neuer Aufmachung und origineller Themen bald gesteigert werden.

Wie sich die gerüchtebedingte Unruhe auf die Blattqualität auswirken wird, bleibt ungewiss. Neben Auslagerungen ganzer Bereiche soll sogar ein Komplettumzug der verbleibenden Abteilungen, inklusive Redaktion, ins „Zweite-Hand“-Verlagshaus am Treptower Park erwogen werden. Ob und wann diese Umstrukturierungen vollzogen werden könnten, wissen derzeit allein die Chefs im Holzbrinck-Verlag.

Zwischen Hoffnung und Sorgen, Aufbruch und Rückblick bewegt sich demnach die „zitty“-Belegschaft im dreißigsten Jubiläumsjahr. Angesichts vergangener Krisen, Auswechslungen nahezu kompletter Redaktionsmannschaften und letztlich im dritten Anlauf sogar der erfolgreichen Wahl eines Betriebsrates mag die Stadtilustrierte aber womöglich auch die aktuellen Schwierigkeiten überwinden. **Gudrun Giese**

Aufgewickelt

DDR-Fernsehen aus der Rumpelkammer geholt

Die Programmgeschichte des am 31. Dezember 1991 abgewickelten DDR-Fernsehens ist nach 16 Jahren „Dunkelheit“ ins „Rampenlicht“ gerückt worden. Gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft haben Wissenschaftler mehrerer Universitäten sich in sechsjährigen Studien dieses Meiers angenommen. Die Ergebnisse wurden auf einer Tagung in Berlin vom 31. Mai bis 2. Juni 2007 vorgestellt. „Die Bedeutung des DDR-Fernsehens für die gesamtdeutsche Medienkultur“ lautete eines der Forschungsthemen, über die berichtet wurde. Bei aller Gegensätzlichkeit der Fernseharbeit im geteilten Deutschland seien auch übereinstimmende Programmstrukturen, Programmtitel und

Gestaltungselemente festzustellen gewesen, so dass man es im Fernsehbereich ohne Zweifel mit einem gesamtdeutschen Kulturgut zu tun habe. Wie die Berichtersteller hervorhoben, wären die Untersuchungen ohne die Unterstützung des Deutschen Rundfunkarchivs (Sitz Potsdam-Babelsberg) mit seinem reichhaltig archivierten Programmvermögen des DDR-Fernsehens nicht möglich gewesen. Die Bestände müssten auch in den Schulen herangezogen werden. Für März 2008 ist die Herausgabe einer Zusammenfassung der Forschungsarbeit über die Funktion des DDR-Fernsehens als Unterhaltungs-, Herrschafts- und Informationsmedium vorgesehen. **Bernhard Kellner**

„STAHL IM FLUSS“ – FOTOS VOM ARBEITSLEBEN IN DER MEDIENGALERIE

„Stahl im Fluss – 20 Jahre Konverterstahlwerk Eisenhüttenstadt“ hieß die Ausstellung, die vom 23. Mai bis 20. Juni in der Medien Galerie in der Dudenstraße zu sehen war. Gezeigt wurden mehr als 40 großformatige Fotografien, die Menschen am Arbeitsplatz, Produktionsabläufe, aber auch die Ästhetik des Geschehens im Stahlwerk dokumentierten.

Bilder aus dem Arbeitsleben sind mittlerweile eher selten zu bewundern. Diese Schau wur-

de von den Mitgliedern des Fotozirkels EKO e.V. zum 20jährigen Bestehen des Konverterstahlwerks des früheren Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) gestaltet und zuerst im City Center von Eisenhüttenstadt ge-



Foto: Bernd Geller

zeigt. Der Fotozirkel besteht seit 1979, wurde als Betriebsfotozirkel EKO gegründet, organisierte mehrere Fotowettbewerbe für Betriebsangehörige, gestaltete Ausstellungen im Bandstahlkombinat und begleitete das EKO-En-

semble fotografisch auf dem Weg zum Goldmedaillengewinn bei den Arbeiterfestspielen 1988. Nach der Wende musste sich der Zirkel juristisch selbständig etablieren und fand schließlich eine neue Heimstatt im Kulturzentrum

von Eisenhüttenstadt. Die Mitglieder – etliche sind von Beginn an aktiv – gestalteten seither über 30 verschiedene Ausstellungen in der Region, organisierten 2002 den ersten Fotowettbewerb des Landkreises Oder-Spree und im Auftrag der Gesellschaft für Fotografie die Landesfotoschau Berlin-Brandenburg 2004. Sie intensivierte internationale Kontakte. Mit polnischen Kollegen aus Zielona Gora gibt es eine enge Zusammenarbeit und gemeinsame Ausstellungen im grenznahen Raum.

Die Kontakte zur EKO Stahl GmbH (heute Arcelor) wurden in den letzten Jahren neuerlich intensiviert. Zur Vorbereitung der Jubiläumsausstellung gingen die Amateurfotografen mehrfach auf Exkursion vor Ort. www.fotozirkel-eko.de

Kampagnen kann man lernen

Die Sicht der Weisen auf Gesellschaft und Gewerkschaft in sicht.weisen

Seit 2003 hat ver.di die Veranstaltungsreihe sicht.weisen aufgelegt. Jeweils am dritten Mittwochabend im Monat gibt es ab 18 Uhr an der Paula-Thiede-Straße in der ver.di-Bundesverwaltung einen nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder offenen Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Unternehmen, Stiftungen, Verbänden und der Medien. Aus „Sicht der Weisen“ werden gesellschaftlich relevante und nicht nur Dienstleistungs-Themen mit der Arbeit von ver.di in Verbindung gesetzt. Das persönliche Aha-Erlebnis ist dabei inclusive.

„Menschen, Meinungen, Mainstream“ – unter diesem Motto steht der Themenblock 2007. In dem ging es bereits um die Ergebnisse einer Infratest Umfrage in „Prekär und abgehängt – Gewerkschaften als sozialer Anker?“ oder Gewerkschaften und ihre Wechselbeziehungen im Medienrausch. Die Aprilveranstaltung war dem wachsenden Inter-

esse an Kampagnenarbeit gewidmet.

In Zeiten, in denen es schwerer wird, gewerkschaftliche Anliegen durchzusetzen und Wirtschaftsverbände den arbeitsmarktpolitischen Konsens aufkündigen, gewinnen Kampagnen als Mittel der Interessenvertretung an Bedeutung. Wie der Mannheimer Soziologe Ulrich Wohland, Spezialist für Organisation und Kam-

Sozialstaat ist unter die Räder gekommen

pagnen vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, klarmachte, kann angesichts des Zerfalls von Sozialpartnerschaften, abnehmender Streikfähigkeit und von wachsenden betrieblichen Konflikten durch geschickt angelegte Kampagnen aufgeklärt, Mut gemacht und ordentlich Druck erzeugt werden. Gewerkschaft, die vor Ort oft kein Image hat und mit

der es keine Identifikation gibt, wird so wieder präsent.

Auch kleine Aktionen zeigen dabei große Wirkungen, wenn einige Leitregeln beachtet werden. So müssen gesellschaftliche Widersprüche auf den Punkt gebracht werden und in einer einfachen Botschaft münden. Ein klarer Slogan wird gebraucht. Beim wegen seiner miserablen Arbeitsbedingungen massiv in die öffentliche Kritik geratenen Discounter Lidl hieß es beispielsweise „Lidl ist nicht zu billigen“. Die Gegenseite muss am wunden Punkt erwischt und Verantwortliche sollen konkret benannt werden.

Wie das funktioniert, erklärte Wohland an Praxisbeispielen. So rückte das gewerkschaftliche Kampagnenteam in einer kleineren Stadt einem Unternehmer, der mit fairen Produkten handelte, aber Tarifverhandlungen für die Belegschaft ablehnte, bei verschiedenen Gelegenheiten mit Plakaten auf den Leib: „Seien Sie

fair, Herr ...“ Bis sich dieser ansonsten honorige Geschäftsmann genervt fühlte und nachfragte, was denn damit gemeint sei. Kurze Zeit später rief er bei ver.di an und erklärte sich zu Tarifgesprächen bereit.

Originell, orts- und situationsbezogen – gut gemachte Kampagnen bergen große Erfolgsfaktoren für gewerkschaftliche Interessenvertretung. Haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute interessieren sich zunehmend dafür. Und: Man kann lernen, wie's gemacht wird. Wohland hält es dabei mit dem, was schon Hannibal für richtig erkannte: „Entweder wir finden einen Weg, oder wir bauen uns einen.“

Mitten in der Zukunft: die nächste Diskussionsrunde von sicht.weisen am 28. Juni, 15 Uhr zum Thema „Menschen, Meinungen, Mainstream – erfolgreiche gewerkschaftliche Interessenvertretung“, weitere Infos unter www.verdi.de **Bettina Erdmann**

Bildung auf Abriss – Privatisierung im Trend

Die Berliner Hochschulen und die Verwicklungen des Marktes

Bologna-Prozess, Akkreditierungsagenturen, Bachelor und Master, Credit Points, Exzellenzinitiative, Hochschulpakt 2020, Hochschulranking und Studiengebühren – geht das nur Bildungspolitikern, Universitäten und Studierende an? Keineswegs. Es sind die Begrifflichkeiten, hinter denen sich die Ökonomisierung und laufende Umstrukturierung der Hochschullandschaft verbirgt. Die Änderungen sind tiefgreifend.

Wirtschaftlichkeit und Demokratieabbau stehen im Vordergrund. Neu ist auch die Einführung eines externen Gremiums, des Hochschulrats. Dieser berät und entscheidet mit der Hochschulleitung über die Abschaffung oder Einführung von neuen Studiengängen, über Personalfragen, die Mittelvergabe und auch über die Wahl der Hochschulleitung selbst. An den Hochschulen, wo der Hochschulrat bereits besteht, sitzen in ihm neben den WissenschaftlerInnen überwiegend Vorstandsmitglieder, Aufsichtsratsvorsitzende großer Konzerne oder die Chefs großer mittelständischer Unternehmen. Sonstige Vertreter gesellschaftlicher Gruppen oder Gewerkschaften sind nicht darunter. Die Zielrichtung ist eindeutig: Zwar kommen die meisten Finanzmittel für die Hochschulen noch immer aus öffentlichen Haushalten, letztlich vom Steuerzahler, doch der Bildungsauftrag wird zunehmend privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Während viele der privatwirtschaftlich initiierten Universitäten derzeit wegen Mangel an Geld und zahlungswilligen Studenten schließen, tritt das Phänomen „Privatisierung staatlicher Hochschulen“ in eine neue Phase.

Auch in der Hauptstadt wird das Hochschulgesetz novelliert. Hier arbeiten Initiativen aus der Wirtschaft an einer ähnlichen Struktur. Die Wissenschaftskommission, die den Senat berät, wurde 2005 unter Mitwirkung verschiedener Zusammenschlüsse von Unternehmen, wie „an morgen denken“



Umsonst bist du draußen: Bildung zielt auf Zahlungskräftige

oder der Technologie Stiftung Innovationszentrum Berlin etabliert. Es ist daher nur konsequent, die Geschäftsstelle der Kommission im Ludwig-Ehrhardt-Haus anzusiedeln.

Schon jetzt sind an den Berliner Hochschulen die ersten Konsequenzen der PPP (Public Private Partnership) zu bemerken. Der Markt jedenfalls hat die Bildung entdeckt. In ihrem 2007 vorgestellten Szenario „2020“ orientiert die Deutsche Bank deutlich auf diesen Sektor. Die Universität Potsdam kooperiert schon seit einiger Zeit mit der Deutschen Bank. Nicht nur den lukrativen

**Der Markt hat
die Bildung entdeckt**

Geschäftsbereich der Bildungskredite will die Bank erschließen, sondern auch ihre Kompetenzen in den Aufbau eines Angebots zur Vermittlung von Schlüsselqualifikationen einbringen. Die FU plant mit dem Klett Verlag die Gründung einer Deutschen Universität für Weiterbildung, die im Oktober 2007 eröffnet werden soll. Da die FU in dieser Kooperation kein Kapital einbringen konnte, wurde kurzerhand eine Villa zur Verfügung gestellt, in der bis-

lang der Studiengang Ethnologie untergebracht war. Brisant ist auch, dass hier Weiterbildungen im Bereich der Publizistik und Verlagswesen angeboten werden sollen, hingegen der reguläre Studiengang Kommunikationswissen an chronischer Mangelausstattung leidet. An der UdK wurden Ende der 90er die ersten kostenpflichtigen Aufbau- und Masterstudiengänge im Medienbereich eingeführt. Man wollte trotz des politisch verordneten Sparzwangs nicht auf die Entwicklung neuer Inhalte verzichten und auch für bereits Berufstätige Weiterbildungen ermöglichen, so die Hochschulleitung. Geworben wird mit Qualifizierung und Kontakten zum Arbeitsmarkt, die ja in Zeiten, in denen der Arbeitsmarkt für AbsolventInnen immer unzugänglicher wird, an Bedeutung gewinnen. Eine spezielle Ausbildung und Arbeitsplätze also nur noch für zahlungskräftiges Publikum? Ein Beispiel für die subtilen Verwicklungen des Marktes war die UdK-Kooperation mit dem Weiterbildungsangebot der „Akademie der Medien Berlin GmbH“, einem Tochterunternehmen der Berliner Synchron AG (BSAG). Dort werden u.a. Synchron-Workshops auch für SchauspielstudentInnen angeboten. Das Börsen-

gangspapier der BSAG verheißt größere Gewinnmargen durch Kostoptimierung, die durch günstigen Sprechernachwuchs entsteht, und sieht im Lohndumping die Möglichkeit, sich gegenüber anderen Studios durchzusetzen. Die BSAG erhielt von der Investitionsbank Berlin für 2007/2008 Zuschüsse in Höhe bis zu 720 000 Euro, die nicht rückzahlbar sind. Außerdem möchte die BSAG für den Bereich Synchronsprecher eine Arbeitsvermittlungsagentur einrichten. Wird hierfür dann eine Vermittlungsgebühr von den Schauspielern fällig, wie mancherortsens Usus, oder wird diese Maßnahme zusätzlich etwa vom Arbeitsamt gefördert? Folgt auf Studiengebühren die Arbeitsplatzgebühr? Die Zusammenarbeit mit der Synchron AG sei mittlerweile beendet, sagte der UdK-Präsident, man wolle künftig nur noch dort kooperieren, wo die Hochschule auch über eigene Kompetenzen verfüge. Offensichtlich bleibt: Das Geschäft mit der Wissensgesellschaft und der Markt um Privatisierung und Arbeit haben auch die Hochschulen zum Kampfplatz gemacht.

Nach dem letzten großen Bildungsstreik 2003 gründeten Studierende die „Offene Universität Berlin“. Sie erstellen seither ein Alternatives Vorlesungsverzeichnis und bieten Seminare an. Selbstorganisierte Bildung als Modell

**Nach Studiengebühr dann
Arbeitsplatzgebühr?**

gegen Zugangsbeschränkung und Normierung der Lerninhalte? Eine Arbeitsgruppe des seit letztem Jahr bestehenden Bündnisses für Freie Bildung in Berlin plant ein Volksbegehren für mehr Mitbestimmung der Hochschulmitglieder, sowie gegen Studiengebühren und gegen die Reglementierung der Masterstudiengänge. Anfang Mai gründete sich mit „Die Linke.SDS“ ein bundesweit ausgerichteter sozialistisch-demokratischer Studierendenverband. Auch die Gewerkschaften sollten verstärkt in diese gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, gegen Privatisierung und für eine Mitbestimmung an Strukturen und Inhalten im Hochschulbereich eintreten. Schließlich geht es im Bildungsbereich um Ausbildung, Arbeitsplätze, aber auch um die gesellschaftliche Zukunft.

Malah Helman

„Wir suchen Prüfer“

Keine Kandidaten? Klausel kann Arbeitnehmerbeteiligung aufheben

„Wir suchen in fast allen Bereichen Prüfer.“ Dieser Satz könnte ein Stoßseufzer des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg sein, doch er ist auf der Internetseite der Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam zu finden. „Über 1000 Prüfer/innen engagieren sich in der IHK Frankfurt (Oder), und künftig Sie?“, fragt man dort.

Eine Frage, die ver.di genauso an seine Mitglieder stellen muss, denn die Prüfungsausschüsse, die von der örtlichen IHK koordiniert werden, setzen sich normalerweise aus mindestens einem Berufsschullehrer, einem Vertreter der Arbeitgeberseite und einem Vertreter der Arbeitnehmerseite zusammen. So schreibt es das Berufsbildungsgesetz BBiG in seinen Paragraphen 39 und 40 vor, und so findet es sich natürlich in den Prüfungsordnungen der einzelnen IHK wieder.

Die Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitnehmerseite werden von den Gewerkschaften vorgeschlagen. Doch daran hapert es häufig, wie ein Blick in die Ausschussübersicht der IHK Berlin lehrt: Arbeitnehmerplätze bleiben in vielen Ausschüssen leer, quer durch die Berufe. Mediengestalter Bild/Ton werden ebenso gesucht wie Mediengestalterinnen Print/Digital, Verlagskaufleute (jetzt Medienkaufleute), Werbekaufleute (jetzt Kaufleute für Marketingkommunikation), Veranstaltungstechniker wie Verpackungsmittelmechaniker, um nur einige aufzuzählen. Für die im Fachbereich vertretenen Industrieausbildungen schaut es nicht viel rosiger aus.

Für diesen Fall gibt es im Berufsbildungsgesetz eine Klausel, die erlaubt, die Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Prüfungsausschuss auszuhebeln: Finden sich keine Kandidaten und Kandidatinnen, die bereit sind, sich für eine Periode von längstens fünf Jahren in den Prüfungsausschuss wählen zu lassen, dann kann von der Vorschrift des Gleichgewichts abgewichen und der Prüfungsausschuss mit anderen Sachkundigen, also ohne Gewerkschaftsmitglieder, aufgefüllt werden.

„Prüfen: Eine Aufgabe, die viel weniger Zeit erfordert, als häufig



Foto: transit/v. Polentz

Prüfer aller Couleur gesucht – sollten Prüfungsausschüsse künftig ohne Gewerkschafter arbeiten?

vermutet wird“, versucht die IHK Frankfurt/Oder zu ermuntern und rechnet, je nach Beruf, mit zwei bis acht Tagen im Jahr, gegen Aufwandsentschädigung und Vergütung entstandener Kosten. Voraussetzung: menschliche Reife und fachliche Kompetenz. Christian-Ulrich Behring, Verlagskaufmann und früherer Betriebsratsvorsitzender beim „Tagesspiegel“, ist schon seit fast 20 Jahren eh-

renamtlicher Prüfer und noch bis zum Jahr 2009 gewählt. „Mir macht es Spaß, jungen Menschen zu helfen, in den Beruf zu kommen.“ Auch den Einfluss aus der Praxis, den die Arbeitnehmer in Ausbildung und Prüfung durch ihre Mitarbeit einbringen, schätzt er als sehr wichtig ein.

Sicher müssten Arbeiten korrigiert und aus den Berichtsheften praktische Aufgaben für die münd-

liche Prüfung entwickelt werden. Diesen Teil findet er aber besonders reizvoll: „Es ist interessant zu sehen, wie in anderen Verlagen ausgebildet wird.“ Und: „Nichts ist schöner, als dass es jemand gut und mit Spaß macht. Nichts ist trauriger, als zu merken, dass jemand nicht gut ausgebildet, sondern nur als Hilfskraft missbraucht wurde.“ Solche Missstände werden bei der Durchsicht der Berichtshefte deutlich. Hier kann der Prüfer als Gewerkschafter einhaken.

„In der Bundesdruckerei ist es selbstverständlich, dass die Ausbildungsleiter des Betriebs auch in die Prüfungsausschüsse gehen“, sagt Drucker Gerald Meves. Seit sechs Jahren hat er dieses Ehrenamt und schätzt den Überblick über technische Entwicklungen und Betriebe, den die ehrenamtliche Arbeit bietet. „Außerdem ist es interessant, mit den anderen Prüfern Erfahrungen auszutauschen.“

„Konnten wir Sie überzeugen?“, fragt die IHK Frankfurt. Das fragt ver.di natürlich auch. Wenn ja, genügt eine Mail an Christine.obst@verdi.de oder ein Anruf bei der Telefonnummer 030/88 66 54 02, ein Fax an die 030/ 88 66 59 34 oder ein Brief an ver.di FB 8, zu Händen von Christine Obst, Köpenicker Straße 30 in 10179 Berlin.

Susanne Stracke-Neumann

Solidarität statt Konkurrenz

Die Zahl von Selbständigen wächst bei ver.di – viele offene Fragen

Wie können sich Selbständige in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen wehren? Welche Verantwortung kommt dabei den Gewerkschaften zu? Diese Frage stand kürzlich im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung in Berlin.

Holm Friebe, Autor des Bestsellers „Wir nennen es Arbeit“, wird auch scherzhaft der Erfinder der Digitalen Boheme genannt. Er setzt vor allem auf Kleinunternehmen, die sich untereinander solidarisch mit Aufträgen versorgen. Die Notwendigkeit starker Gewerkschaften betont er allerdings eindeutig. Und mittlerweile haben auch viele Beschäftigte im Internetbereich die Existenz einer handlungsfähigen Interessenvertretung schätzen gelernt. Das macht sich auch allmählich bei

den Neueintritten bemerkbar. Veronika Mirschel, bei ver.di für die Organisation der Selbständigen zuständig: „Noch sind Selbständige innerhalb der Gewerkschaft eine Minderheit. Doch ihre Zahl wächst.“ Es seien auch erste kleine Erfolge zu vermelden. So verhinderte ein reger Internetprotest von gewerkschaftlich organisierten Selbständigen, dass die Politik Hand an die Künstlersozialkasse legte. Die Pläne wurden zunächst ad acta gelegt.

Mirschel verschwieg aber auch nicht, dass es bei der gewerkschaftlichen Organisation von Selbständigen noch viele offene Fragen gibt. Einige wurden auch aus dem zahlreich erschienenen Publikum gestellt: Wie können Freie, die in erster Linie als Konkurrenten auf den Markt gegen-

einander antreten gewerkschaftliche Solidarität herstellen? Was bedeutet es für die Zukunft der Gewerkschaften, wenn dort der Einfluss der Selbständigen wächst? Geht dann der Weg noch weiter in die Richtung von Dienstleistern?

Auch die kulturelle Kluft zwischen Selbständigen im Internetbereich und der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder wird nicht so schnell zu überbrücken sein. Das wurde auch in diesem Jahr am 1. Mai in Berlin sehr deutlich. Zum zweiten Mal gab es in Berlin eine Mayday-Parade, die in diesem Jahr unter dem Motto „Solidarität statt Prekarität“ stand. Die zogen mit ca. 6000 Teilnehmern mehr Menschen an als die DGB-Demonstration.

Peter Nowak

DIE REFORM HAT IHR ZIEL VERFEHLT

Gespräch mit Petra Meyer vom Bereich Arbeitsmarktpolitik, DGB Berlin-Brandenburg

Beim Blick auf die aktuellen Zahlen der Arbeitslosenstatistik: Wie verhalten sie sich in der Region Berlin-Brandenburg zu denen im ganzen Land?

Die Hartz-Reform des Arbeitsmarktes sollte einen „Paradigmenwechsel“ in der deutschen Arbeitsmarktpolitik initiieren und den Arbeitsmarkt in Bewegung bringen. Das Ziel war der Umbau der Arbeitsförderung zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Lange war davon in unserer Region nur der „fordernde“ Teil mit Verschlechterungen von Leistungen und Sanktionen zu spüren. Von einem Abbau der Arbeitslosigkeit war weit und breit nichts zu sehen. Seit einigen Monaten scheint sich nun die Situation in Berlin und Brandenburg etwas zu verbessern. Allerdings kritisieren wir, dass die Statistik unvollständig ist. Die stille Reserve, Arbeitslose die krank sind, Ein-Euro-Jobs u.a.m., wird nicht berücksichtigt.

Ein Vergleich zeigt, dass unsere Arbeitslosenquote noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Wesentlicher Punkt dabei: Wir sind eine strukturschwache Region, die Folgen von Strukturwandel und der besonderen Rolle von ehemals Westberlin konnten bisher nicht kompensiert werden. Es gibt ein deutliches Arbeitsplatzdefizit.

Ursachen für den leichten Abbau der Arbeitslosigkeit sind saisonale Gründe, aber auch die im Moment stark vorherrschende Philosophie: Hauptsache Arbeit! Allein im Jahr 2006 sind zwei Drittel des Anstiegs von Erwerbsarbeit durch Arbeitnehmerüberlassung und Leiharbeit entstanden. Strategien gegen prekäre Beschäftigung zu entwickeln wird zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit.

Unter 10 Arbeitslosen sind in Berlin 8, in Brandenburg 7 Hartz IV-Empfänger. Stimmt der Hinweis auf geringqualifizierte?

Genau hier hat die Statistik Defizite, wie so oft, wenn man passgenaue Antworten möchte. Ich den-

ke, die Ursachen für den sehr hohen Anteil an langzeitarbeitslosen Menschen in unserer Region sind vielfältig. Die wichtigste Ursache: Es gibt zu wenig Arbeit. Wir haben deutlich mehr Arbeitssuchende als offene Stellen, wir haben eine hohe Unterbeschäftigung sowohl in Berlin als auch in Brandenburg, und ein relativ niedriges Lohnniveau, was unsere beiden Bundesländer nicht unbedingt attraktiv macht.

Aufgrund dieser Entwicklungen hat schon eine hohe Abwanderbewegung eingesetzt, was uns mit Blick auf die demografische Entwicklung zwingt zu reagieren.

Die Ein-Euro-Jobs – wirken sie positiv? Oder schönen sie die Statistik?

Ein-Euro-Jobs wirken nicht positiv. Ursprünglich sollten sie ja laut Gesetzestext „nachrangig“ eingesetzt werden – die Arbeitsmarktzahlen in Berlin und Brandenburg sprechen eine andere Sprache. Sie sind das dominierende arbeitsmarktpolitische Instrument. Auch als „Brücke“ in den 1. Arbeitsmarkt sind Ein-Euro-Jobs in der Statistik kaum zu finden. Zudem zeigen viele Beispiele, dass durch sie reguläre Beschäftigung verdrängt wird.

Das Schöne der Statistik ist also gar nicht so abwegig. Nur sollten wir nicht vergessen, wenn wir selbst diesem Instrument ablehnend gegenüberstehen: Viele Hartz-IV-Empfänger wollen diese Jobs, es ist für sie ein Weg, ihre finanzielle Situation zu verbessern, sie erleben wieder das Gefühl des Gebrauchtwerdens. Umso kritischer müssen wir uns mit den teilweise sinnlosen Inhalten von Ein-Euro-Jobs auseinandersetzen.

Wie ist hier die Arbeit der Jobcenter einzuschätzen?

Berlin und Brandenburg haben gegenüber anderen Bundesländern einiges besser gemacht. Wir haben in allen Jobcentern in Berlin und in allen Arbeitsgemeinschaften (ArGen) und optierenden Kommunen Beiräte eingerichtet. Sie sind auch mit regionalen Akteuren besetzt,

345 € im Monat sollen reichen

127,31 € für Nahrung, Getränke, Tabakwaren
 34,24 € für Bekleidung, Schuhe
 25,79 € für Wohnen, Strom etc.
 24,65 € für Möbel, Haushaltgeräte etc.
 12,67 € für Gesundheitspflege
 15,43 € für Verkehr
 30,25 € für Telefon
 39,25 € für Freizeit, Kultur
 8,17 € für Beherbergung und Gaststätten
 26,77 € für Sonstige Waren und Dienstleistungen

 344,52 € * Gerundet: 345,00 €

**Offizielle Angaben nach der Verbrauchsstichprobe 2003 durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales
 Zum 1. Juli 2007 wird der Satz um 2 € auf 347 € erhöht.*

zu denen die Gewerkschaften gehören. Doch unsere Möglichkeiten, Arbeitsmarktpolitik mit zu gestalten, halten sich in Grenzen. Im Wesentlichen sind es für uns Informationsquellen. Die Arbeit der Jobcenter und ArGen hat sich verbessert. Anfangs gab es eine Vielzahl von falschen Bescheiden, was wiederum eine Flut von Widersprüchen und Klagen zur Folge hat. Es gab zu wenig Personal, die vorgeschlagenen Bearbeitungszeiten standen im Widerspruch zum Betreuungsschlüssel. Nicht zuletzt blieb viel Geld für aktive Arbeitsmarktpolitik aufgrund dieser teilweise chaotischen Verhältnisse ungenutzt. Zu den aktuellen Aufgaben gehört für mich, dass hier in Berlin die in der Koalitionsvereinbarung stehenden Ansätze zur Arbeit der Beiräte umgesetzt werden, so dass wir regionale Arbeitsmarktpolitik auch mit gestalten können, und dass das Personal in den JC und ArGen unbefristet arbeiten kann. Personelle Kontinuität ist wichtig.

Gewerkschaften haben stets in Arbeit Stehende vertreten. Hat die hohe Arbeitslosigkeit die Hinwendung zu Erwerbslosen veranlasst?

Ich bin mir nicht sicher, ob ich das so sehen würde. Für mich ver-

treten die Gewerkschaften die Interessen aller Mitglieder. Natürlich hat die Massenarbeitslosigkeit die Prioritäten beeinflusst. Wichtig ist aber, dass wir auch sehen, wie sehr die Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Arbeit mit denen der Arbeitssuchenden verknüpft sind. So ist in den letzten Jahren „Beschäftigungssicherung“ zu einem Bestandteil von Tarifpolitik geworden. Das war nicht immer so. Die Deutschen schätzen auf einer Skala von 1 bis 10 die Wahrscheinlichkeit, einen neuen Job zu finden, mit 4,8 ein. Das ist der schlechteste Wert in der EU. Uns als Gewerkschaften muss die Einbindung erwerbsloser Mitglieder und ihre Betreuung wichtig sein.

Gibt es Untersuchungen aus gewerkschaftlicher Sicht über die psychologischen Belastungen von Langzeitarbeitslosen?

Aktuelle gewerkschaftliche Untersuchungen sind mir nicht be-

JEDES BLATT EIN BEWEGENDES SCHICKSAL

Erwerbslosenberaterinnen bei ver.di beantworten Fragen, prüfen Bescheide, rechnen nach und machen Mut

Es ist Mittwoch. Und jeden Mittwoch läuft im Berliner ver.di-Haus in der Köpenicker Straße die Erwerbslosen-Beratung. Noch ist es nicht 16 Uhr, Ulla Pingel nutzt die 20 Minuten vor Beginn, um sich bei einer Tasse Kaffee vorzubereiten, aber die Stühle für die Wartenden sind schon besetzt.

Alle erwerbslos. Kollegin A, 45 Jahre alt, ist von Beruf Dipl.-Sozialwirtin, sie will erfragen, ob sie beim ALG II einen Freibetrag für die Riesenrente erhält. Kollege B, 41 Jahre, wurde als Kinokassierer gekündigt, um Platz für niedriger entlohnte Studenten zu machen; er bezweifelt, dass sein gekürztes Entgelt auf einer korrekten Berechnung beruht. Kollege C hat einen sogenannten Minijob und will sich Klarheit verschaffen, wie sich der gegenüber ALG II verhält. Er ist Nachrichtentechniker und „schon 56 – aber es soll ja nun Arbeit bis 67 geben“, kommentiert er ironisch. Kollege D (46 Jahre) hat Probleme mit der Heizkostenpauschale. Die Hartz-Gesetze hält er rundum für falsch. „Sie haben keine Arbeit gebracht.“ Und er moniert die Arbeit des Jobcenters, „die Software funktioniert nicht“. Damit haben auch andere schlechte Erfahrungen gemacht – Stoff zur Diskussion.

In unserer Gewerkschaft haben die Erwerbslosen als Personengruppe einen festen Platz in der Satzung. Als Ansprechpartnerinnen sind heute zwei Kolleginnen hier, Ulla Pingel und Anja Godzewski, der Beraterkreis rekrutiert sich teilweise aus den 15 ehrenamtlichen Mitgliedern des gewählten Erwerbslosenausschusses. Neben die-

sem gibt es vier weitere im Land Brandenburg. Bei der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit sind ihre Informationsveranstaltungen, Aktionen und besonders die Beratungen unverzichtbare Angebote. Nicht einfach zu bewältigen, dieses Ehrenamt; denn es verlangt umfangreiches Einarbeiten in die komplizierte Materie, die wegen der fortwährenden Änderungen durch den Gesetzgeber stete Weiterbildung erfordert – man muss sich unbe-

nung gemacht werden. Wir prüfen die Bescheide, rechnen nach.“ Die Einkommensanrechnung bei Selbständigen mit ihren unregelmäßigen, unzureichenden Einkünften ist richtig kompliziert; im Oktober soll zum Thema ein besonderes Seminar veranstaltet werden.

Die Defizite bei den Jobcentern spiegeln sich in einer Flut von eigentlich überflüssigen Klagen beim Sozialgericht wider. Man musste dort Ende vergangenen Jahres als



Fotos: C.v. Polentz/transit

Die Schlangen in den Suppenküchen werden immer länger.

dingt in die Texte vertiefen und auf dem aktuellen Stand halten.

Wer möchte beraten werden? Die Vielfalt der Berufsgruppen in ver.di spiegelt sich hier nahezu eins zu eins: Ulla Pingel blättert in einem dicken Ordner, jedes Blatt eine Beratung, ein Schicksal. „Der Ordner ist bald voll, und das Jahr ist noch nicht halb um“, konstatiert sie. Es kamen viele Freischaffende – Redakteur, Cutterin, Fotografin, Grafikdesigner, Schauspieler, selbständige Soziologin, Callcenter-Assistentin, Philosoph, Bühnenbildnerin, Kraftfahrer, Schlagzeuger, Lithograph, Maler, Kunsthistoriker, Bankkauffrau, Ethnologin ...

Und so verschieden wie die Berufe sind die Probleme. Widersprüche werden vom Jobcenter nicht oder schleppend beantwortet. „In Berlin ist es ein absoluter Skandal, dass regelmäßig Fehler in der Berech-

misslich feststellen, dass Hilfesuchende bei den Jobcentern keine Ansprechpartner finden, telefonische Anfragen beim Sachbearbeiter gar nicht möglich und lange Wartezeiten die Regel sind. Und das eigentlich vernichtende Fazit lautete, dass die Bediensteten nicht nur in Einzelfällen über keine ausreichenden Kenntnisse des Sozial- und Verfahrensrechts verfügen.

Ulla Pingel, Vorsitzende des Erwerbslosenausschusses, studierte Soziologin, war früher als Sozialarbeiterin tätig und kann viel Erfahrung einbringen. Sie weiß auch, dass es wichtig ist, bei vollem Einsatz gegenüber den persönlichen Schicksalen Distanz zu wahren, um nachts noch schlafen zu können. Jetzt ist es 16 Uhr, die Tür zur Beratung ist geöffnet. Auch wenn es spät wird. Abgewiesen wird keiner.

Texte: Annemarie Görne

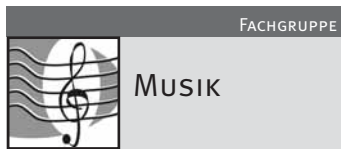
INFORMATIV UND LESESWERT

1-Euro-Jobs: Synonym für eine gescheiterte Reform

Herausgegeben von der entsprechenden Arbeitsgruppe beim Bezirkserwerbslosenausschuss ver.di Berlin 2007, 54 Seiten. Die Texte der Broschüre beleuchten nicht nur die MAE (Mehraufwandsentschädigung), kurz 1-Euro-Job, sondern befassen sich kritisch mit dem gesamten Hartz-IV-Gesetz – interessant für alle Erwerbslosen. Zu erhalten bei den Erwerbslosen-Ausschüssen und in den ver.di-Büros.

Musikschule ist nicht „messbar“

Das Leistungsentgelt im neuen Tarifvertrag öffentlicher Dienst schafft Probleme



FACHGRUPPE

MUSIK

Zum 1. Januar 2007 wurde im Rahmen der Ablösung des BAT (Bundesangestelltentarif) durch den neuen TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst) u. a. eine leistungsorientierte Vergütung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eingeführt. Ziele einer solchen Vergütung, die im öffentlichen Dienst anderer europäischer Länder bereits seit einigen Jahren praktiziert wird, sind Stärkung der Effizienz und Effektivität, der Eigenverantwortung und Motivation, der Führungskompetenz und des Dienstleistungsgedankens nach dem Motto „Leistung soll sich lohnen“. Auch mehr Gerechtigkeit unter den Beschäftigten soll so hergestellt werden.

Die Finanzierung des Leistungsentgeltes geschieht allerdings über Mittel, die mit dem neuen TVöD eingespart werden: Urlaubsgeld, verringerte Jahressonderzahlung und allmählicher Wegfall der in der Überleitung gesicherten Besitzstände. Das Leistungsentgelt wird also nicht zusätzlich vom Arbeitgeber bereitgestellt, sondern wird von den Arbeitnehmern durch den Wegfall ursprünglich im BAT enthaltener tariflicher Leistungen finanziert. Somit wird künftig ein Teil des Einkommens im Geltungsbereich des TVöD für die einzelnen

Ein Teil des Einkommens
wird variabel

Beschäftigten variabel sein. Es wird zusätzlich zum Tabellenentgelt als Leistungszulage, Leistungsprämie und/oder Erfolgsprämie gewährt. Die Einführung des Leistungsentgeltes wird früher oder später auch die fest angestellten Lehrerinnen und Lehrer an Berliner und Brandenburger Musikschulen betreffen.

Seit einem halben Jahr befasst sich eine Arbeitsgruppe der Fachgruppe Musik auf Bundesebene mit diesem Thema. Das eigentlich



Fotos: transit/v. Polentz

Nach Tempo, Länge, Höhe? Qualität funktioniert anders.

nicht zu lösende Problem stellt dabei die Definition des Begriffs „Leistung“ dar: Was genau macht die Leistung einer Musikschullehrer/in eines -lehrers aus? Und selbst wenn man Kriterien dafür finden könnte: Wie und von wem sollen diese gemessen werden? Ab wann ist eine Leistung durchschnittlich bzw. über- oder unterdurchschnittlich? Musikschulen leben ja gerade von der Vielfältigkeit und den unterschiedlichen Zielsetzungen der dort Unterrichtenden! Der TVöD macht keine Vorgaben zum Leistungsbewertungssystem an sich, legt aber fest, dass das Leistungsentgelt von allen Beschäftigten gleichermaßen in der regelmäßigen Arbeitszeit zu erreichen sein muss. Die Leistungskriterien an sich sollen möglichst objektiv messbar oder zählbar sein. Das ist bei Tätigkeiten im künstlerischen und pädagogischen Bereich kaum machbar, es sei denn, man legt Leistungskriterien wie „Häufigkeit von Vorspielen“ oder „Zahl der Preisträger bei Jugend musiziert“ fest.

Sind solche Kriterien jedoch wirklich ein Maßstab für „Leistung“? Müsste nicht das eigentliche „Produkt“ der Lehrertätigkeit, nämlich das Unterrichtsergebnis, zur Bewertung herange-

zogen werden? In der Komplexität des Begriffs „Leistung“ liegen die Probleme, die es im Prinzip unmöglich machen, das Leistungsentgelt sinnvoll auch auf den Bereich von Musikschulen

Gefahr eines
„Nasengeldes“

anzuwenden. Es besteht wegen mangelnder objektiv messbarer Kriterien die Gefahr eines „Nasengeldes“ bzw. die Gefahr eines Missbrauchs als Disziplinierungsinstrument (wer nicht bereit ist, sich eventuell sinnlose Kriterien zu unterziehen, geht leer aus) oder auch – um leicht Kriterien festlegen zu können – einer Überbewertung an sich eher nebensächlicher Tätigkeiten wie das ordentliche Ausfüllen von Anwesenheitslisten. Darüber hinaus besteht die Gefahr immer größerer Selbstausbeutung zur Erreichung der jeweiligen Leistungskriterien.

Dennoch wird es sich nicht immer vermeiden lassen, an diesem System teilzunehmen. Die AG „Leistungsentgelt“ der Bundesfachgruppe empfiehlt in diesem Fall den Abschluss einer Dienstvereinbarung, die eine gleichmä-

VORLAGE

Bald eine Lösung in Sachen Honorare?

Eine Vorlage des Schulsenats zur Regelung der Honorare der Freien Mitarbeiter/innen an den Berliner Musikschulen liegt zur Zeit beim Rat der Bürgermeister (RdB). Sie sieht eine Erhöhung der Honorare zum 1. August 2007 sowie die Anbindung an die Tarifentwicklung in Berlin vor. Die Finanzierung von Erhöhungen ist durch Entgelterhöhungen zu kompensieren. Außerdem wurde für die Arbeitnehmerähnlichen die Honorarfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Gewährung von Urlaubsentgelt festgeschrieben. Die Erhöhung zum August ist allerdings in denjenigen Bezirken problematisch, wo die Entgelte erst vor kurzem erhöht wurden bzw. über dem Basisentgeltsatz liegen. Die Bürgermeister sind nun zur Stellungnahme aufgefordert, das Ergebnis war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Der lange und zähe Kampf hat sich also gelohnt: Bildungs- und Innenverwaltung sind unseren Vorstellungen in den Kernfragen gefolgt. Wenn sich der RdB nicht querstellt, haben wir es geschafft!

Stefan Gretsch

**Termine:
nächste Vorstandssitzung
29.6.2007 9:15 – 12:30h**

Bigge Verteilung des Leistungsentgeltes auf alle Mitarbeiter vorsieht. Weiterführende Informationen über Höhe und Umsetzung des Leistungsentgeltes, Leistungsbewertungssysteme sowie mögliche Vorgehensweisen beim Abschluss einer Dienstvereinbarung (einschl. Musterdienstvereinbarung) können über die Landesfachgruppe Berlin-Brandenburg bei Anke Jonas bezogen werden. Sie werden allerdings erst zum Tragen kommen, wenn auch bei uns der neue TVöD in vollem Umfang gelten sollte. **Anja Bossen**

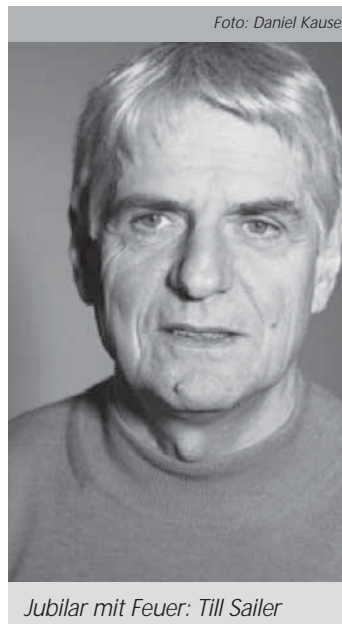
Till Sailer zum 65sten

Geburtstagslesung mit unterhaltenden Texten aus über 40 Jahren



Besser als mit einem neuen Buch und einer Lesung kann ein Autor seinen Geburtstag nicht feiern. Till Sailer hat am 21. April auf der Burg Beeskow seinen Erzählungsband „Ein unsichtbares Feuer“, herausgegeben im Trafo Verlag Berlin, vorgestellt und damit sich selbst und seine zahlreich erschienenen Leser beschenkt.

Der Geburtsort Weimar, wo er auch aufwuchs und studierte, hat Till Sailer ebenso geprägt wie seine bürgerliche Herkunft. Mit dem Erzählungsband legt er Texte aus mehr als 40 Jahren vor. Jahre, in denen er sich mit dem Staat DDR, in dem er lebte, langsam anfreundete und Jahre, in denen ihn Vaterfiguren beschäftigten. Nach seinem Studium an der Musikhochschule in Weimar arbeitete er kurze Zeit als Orchestermusi-



Jubilär mit Feuer: Till Sailer

ker, dann 12 Jahre als Musikredakteur im Kulturprogramm von Radio DDR. Seit 1980 ist er freiberuflicher Schriftsteller, dem Schritt ging ein Studium am Literatur-Institut in Leipzig voraus.

Seine beiden Talente, das musikalische und das schriftstellerische, nutzte er weiterhin, indem er für Kinder und Erwachsene über Bach, Beethoven, Händel, Mendelssohn Bartholdy, Schubert und Weber schrieb. Vergleichbar gut recherchierte und unterhaltend erzählte Texte muß man lange suchen auf dem Buchmarkt. Krönung dieses Werkes ist der 2005 ebenfalls im Trafo-Verlag erschienene Brahms-Roman „In Liebe – Ihr Johannes Brahms“

Dass Till Sailer seinen Blick ebenso auf die Gegenwart richtet, wird mit dem aktuellen Band „Ein unsichtbares Feuer“ belegt. Schon 1993 erschien seine Studie „Ankunft im Supermarkt“, die sich mit der sozialen Situation der Autoren im Land Brandenburg nach 1990 befasst.

Till Sailer, der heute in Bad Sauerow lebt, ist stellvertretender Vorsitzender des VS Brandenburg, von 1997-2001 war er Stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbandes. **Carmen Winter**

Bewahrenswertes eines Schreib-Lebens

Ruth Kraft übergab ihr Lebenswerk an das Bundesarchiv

Schriftsteller, die nicht Akademie-mitglied sind, fragen sich manchmal, was nach ihrem Tod aus all dem wird, das sich im Laufe ihres Schreib-Lebens neben dem Veröffentlichten angehäuft hat: Materialsammlungen für Romane, Fernseh- oder Hörspiele etwa, ungedruckte Entwürfe, Briefwechsel mit Verlegern und Lektoren,

so zum Vorlass, scherzten wir bei der kleinen Feier anlässlich der Übergabe am 11. April.

„Insel ohne Leuchtfeuer“, der Roman über die Raketenentwicklung während des 2. Weltkriegs in Peenemünde, machte die Autorin international bekannt und wird bis heute viel gelesen (übersetzt in fünf Sprachen erzielte er von 1959 bis heute 31 Auflagen!), auch, weil man durch dieses Buch eine Menge an Fakten erfährt, ein Grund, der manche die Nase rümpfen lässt, wenn es um Belletristik geht. Zu Unrecht, meine ich. Literatur beschreibt über den ästhetischen Genuss hinaus nicht nur etwas auf besondere Weise, sondern sagt stets auch Konkretes über die Zeit aus, in der sie entstand. Die unterschiedlichen Lebensverläufe in West und Ost etwa werden die Menschen noch lange beschäftigen, und das Bundesarchiv bietet die Möglichkeit,

sich in vielfältiger Weise darüber zu informieren. Unabhängig von Autorennachlässen lagern dort auch die Unterlagen der ehemaligen DDR-Verlage, was Ruth Kraft beim fachlich geführten Rundgang durch das Archiv einiges Überraschende im Schriftwechsel des „Verlag der Nation“, dessen Autorin sie war, entdecken ließ.

In ihrem 2000 erschienenen Erinnerungsbuch „Leben von der Pike auf“ schildert Ruth Kraft ihre Erlebnisse, Erfahrungen und Begegnungen; künftig lässt sich Näheres dazu im Bundesarchiv einsehen. Eine Bereicherung, der Weiteres hinzugefügt werden darf.

Charlotte Worgitzky

LESESWERT

Neuerscheinungen von VS-Mitgliedern

Kramm Konowalow, Ursula – „gelbe turbane“ – Gedichtband, Tenea Verlag, 2007

Rosenkranz, Jutta – „Mascha Kaléko“ Biografie, Deutscher Taschenbuch Verlag 2007

Sailer, Till – „Ein unsichtbares Feuer“, Vermischte Texte 1963-2006, trafo verlag Berlin, 2007

■ VER.DI LITERATURPREIS BERLIN-BRANDENBURG 2007

Der mit 5.000 Euro dotierte ver.di-Literaturpreis wird in diesem Jahr im Genre Prosa verliehen. Einsendeschluss ist der 7. September 2007. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen ihren Hauptwohnsitz in Berlin oder Brandenburg haben. Die Jury trifft ihre Entscheidung auf der Grundlage eingesandter deutschsprachiger Veröffentlichungen, die innerhalb der letzten drei Jahre erschienen sind. Die Veröffentlichungen dürfen nicht durch die Autorinnen/die Autoren (mit)finanziert sein. Die Bewerbung für den Literaturpreis kann durch Verlage, Literaturvereine, Autorenvereinigungen u.ä. erfolgen, ebenso durch die Autorinnen und Autoren selbst. Es sind drei Exemplare einzureichen, die nicht zurückgesandt werden. Einsendungen bitte an ver.di, Fachbereich 8/VS, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

■ PUBLIZIEREN IN „PRO LIBRIS“

Seit 2001 erscheint in Zielona Gora viermal jährlich die Zeitschrift „pro libris“, ein deutsch-polnisches Literatur- und Kulturmagazin. Herausgeber ist die Wjeweodschaftsbibliothek „Cyprian Norwid“. Das Heft erscheint zweisprachig in deutsch und polnisch. Die Herausgeber suchen ständig nach Autoren aus der Grenzregion.

Manuskripte (Lyrik, Kurzprosa, Rezensionen, Kulturgeschichte) können eingesandt werden: Prolibris@wimbp.zgora.pl. Unter <http://prolibris.wimbp.zgora.pl/> findet man die aktuellen Hefte im Internet.

Bewegtes Leben in unruhiger Zeit

Rezensionen, Leserzuschriften – das alles bedeutet auch Zeitzeugenschaft und könnte der Forschung dienen. 87jährig hat deshalb die Schriftstellerin Ruth Kraft ihr „Haus bestellt“, wie sie sagt, und den größten Teil der Unterlagen ihres „bewegten Lebens in unruhiger Zeit“ dem Bundesarchiv anvertraut; der Nachlass wurde

Als Zeitzeugin im Archiv

Dem Vergessen entrissen

VS Cottbus ehrte Arno Schirokauer zum Tag des freien Buches



Eine literarische Entdeckung bot in Cottbus eine gut besuchte Veranstaltung, die der brandenburgische Verband deutscher Schriftsteller in ver.di gemeinsam mit dem HERON-Buchhaus und dem Staatstheater am Tag des freien Buches abhielt. Der in Cottbus geborene und hier weitgehend unbekannt Arno Schirokauer (1899-1954), Sprach- und Literaturhistoriker, Schriftsteller und Rundfunkpionier, wurde vom VS-Vorsitzenden Dr. Helmut Routschek dem Vergessen entrissen.

Gründliche Forschungen in der Deutschen Bibliothek Leipzig hatten auf Schirokauers Spur geführt. Der Sohn eines jüdischen Cottbuser Landarztes, begeisterter Pilot des 1. Weltkrieges, was ihm ein Auge kostete, studierte Germanistik und leitete in den 20er Jahren die Kulturabteilung des Mitteldeutschen Rundfunks, wo er aus seinem Hass gegen Militarismus und aufkommenden Faschismus kein Hehl machte. Im Jahr 1933 verlor er umgehend seinen Posten und wurde, wie er schrieb, „zum Berufstod verurteilt“. Als am 10. Mai 1933 in Berlin die Bücher der verfemten Schriftsteller auf die Scheiterhaufen flogen, war auch Schirokauers

Roman „Lassalle. Die Macht der Illusion. Die Illusion der Macht“ dabei. Schirokauer durchlebte die KZ Dachau und Buchenwald und konnte nach Zahlung eines „Lösegeldes“ 1939 in die USA fliehen. Sein Besitz, darunter seine wertvolle Bibliothek, wurden beschlagnahmt, er selber ausgebürgert. In den USA wurde Schirokauer nach schwierigen Anfangsjahren zum anerkannten

Wissenschaftler, Forscher und Professor an der Yale-University, wo er vor allem über mittelalterliche und frühneuhochochdeutsche Sprache und Literatur lehrte.

Bei der Veranstaltung in Cottbus lasen sechs Prominente – darunter Landtagsabgeordnete Dr. Martina Münch und die Professorin der Brandenburgischen Technischen Universität Dr. Annemarie Just – aus den Büchern Schiro-

kauers. Die historisch-aktuelle Klammer bildeten, vorgetragen vom Leiter des HERON-Buchhauses Roland Quos, zwei knappe Erinnerungen von Erich Kästner, der die Bücherverbrennung in Berlin erlebte, und ein Hinweis auf das Geschehen in Pretzin, wo Neonazis am 24. Juni 2006 das Tagebuch der Anne Frank in die Flammen warfen.

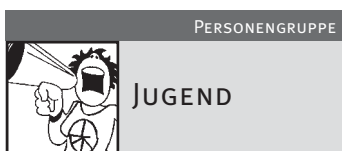
Hans-Hermann Krönert



74. JAHRESTAG DER BÜCHERVERBRENNUNG

Lieder und Lesung aus Werken verfemter Schriftsteller und Komponisten zum Gedenken an die Bücherverbrennung auch bei der Berliner VS-Veranstaltung am 10. Mai im Neuen Marstall. Christoph Hein (li) las einen eigens für diesen Tag geschriebenen Text.

Fotos: transit/v. Polentz



Aufklären und auffrischen

ver.di-Jugend Cottbus gestaltete Ausstellung zu deutschen KZ

Das Schicksal seines Vaters hatte dem Cottbuser Historiker Dr. Walter Strnad keine Ruhe gelassen. Der Vater, Kommunist und Antifaschist, überlebte als kranker Mann den Gestapo-Knast in Dresden, die KZ Dachau und Buchenwald. Sein Schwur wurde dem Sohn lebenslange Verpflichtung: Niemals zu vergessen, was gewesen ist, und immer wieder neue Generationen mit den Gräueln des Faschismus bekannt zu machen, damit sich das nicht wiederholt. Strnad erarbeitete nach umfangreichen Recherchen eine Dokumentation über die Verbrechen des Faschismus in deutschen Konzentrationslagern, vor allem die im KZ-Außenlager Schlieben

(heute Elbe-Elster-Kreis). Bis zu 3500 Frauen und Männer aus 12 Nationen, darunter ungarische und polnische Juden, französische Frauen und Angehörige der Sinti und Roma, schufteten täglich 12 bis 14 Stunden in diesem Lager, in dem vor allem Panzerfäuste im Auftrage des Leipziger Rüstungskonzerns HASAG hergestellt wurden. Noch Anfang April 1945 wurden die meisten Arbeitsklaven „auf Transport“ in eine ungewisse Zukunft geschickt; als die Rote Armee das Lager erreichte, erlebten nur 150 verbliebene Häftlinge ihre Befreiung.

Der Historiker verband sich mit den jungen Gewerkschaftern in Cottbus und machte sie mit sei-

nen Dokumenten und Überlegungen vertraut. Mandy Bahl, Vorsitzende des ver.di-Bezirksjugendvorstandes Cottbus, hat die Gedanken des Forschers übernommen: „In Zeiten zunehmender Gewalt gegenüber ausländischen Mitbürgern, steigender Mitgliederzahl in rechtsradikalen Parteien und wachsender Sympathien für deren falsche Losungen ist es für mich wichtiger denn je, die Jugend über die Verbrechen des Hitler-Regimes aufzuklären“. Es entstand die Idee einer Wanderausstellung. Zehn junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben wochenlang in ihrer Freizeit Strnads Dokumente und Zeichnungen von Martin Hä-

nisch aus Dresden kopiert, geklebt, geordnet und gerahmt. Die so entstandenen 32 Tafeln waren zuerst bis Anfang März im ver.di-Haus Cottbus zu sehen – besucht u. a. von vielen Schülern während ihrer Jugendweihestunden. Im April waren sie in Schlieben ausgestellt. Inzwischen wandern sie weiter nach Falkenberg/Elster, Doberlug-Kirchhain und ins Rathaus nach Cottbus. „Wir möchten alle Unwissenden aufklären und allen Wissenden die Gedanken auffrischen, es nie wieder geschehen zu lassen, dass viele Millionen unschuldige Menschen ihr Leben verlieren“, schrieb Mandy Bahl in das Begleitheft der Ausstellung.

Hans-Hermann Krönert

Drei Opern in derselben Liga

Bühnenkonferenz tagte in Berlin und sprach sich für Stärkung der Opernstiftung aus



Angesichts des Jubiläums 400 Jahre Oper sei man in Deutschland zur Erhaltung und Pflege dieses wichtigen Kulturerbes verpflichtet. Es gehe zugleich um den zukunftsweisenden Kultur- und Bildungsauftrag, den diese Bühnen auf einzigartige Weise erfüllen. – Diesen Appell richteten Beschäftigtenvertreter deutscher Bühnen kürzlich an die Öffentlichkeit. Die „Konferenz der Personal- und Betriebsräte großer deutschsprachiger Bühnen“, kurz: Bühnenkonferenz, ist eine exklusive Vereinigung. Das hat sie mit ihren „Quasi-Pendants“, der „Opern- bzw. Intendantenkonferenz“ gemein, in der sich die Intendanten versammeln. In der Bühnenkonferenz kümmert man sich ebenfalls um Hochkultur, allerdings aus dem Blickwinkel der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen. Sachverstand wird den Konferenzteilnehmern niemand absprechen. Da reicht schon ein Blick auf die repräsentative Mitgliederliste.

Neben dem gewerkschaftsübergreifenden Erfahrungsaustausch



Aufwärts: TeilnehmerInnen im Intendantengebäude der Staatsoper

– die Teilnehmer der Bühnenkonferenz erstatten bei ihren halbjährlichen Treffen ausführliche Situationsberichte – will die Konferenz aber auch „Zeichen setzen im solidarischen Miteinander und bei der Lösung übergreifender Probleme“, wie es Personalrätin Renate Geelen-Walter von der Deutschen Oper Berlin ausdrückt. Vom 9. bis 11. Mai war die Bühnenkonferenz

Gast des Personalrates Stiftung Oper in Berlin. Ein Besuch und Gespräche zu den Bedingungen an allen drei Berliner Opernhäusern gehörten selbstverständlich zum Programm.

Die Konferenz sprach sich dafür aus, alle drei hauptstädtischen Opern – sie „spielen in derselben Liga“ –, das Staatsballett und den Bühnenservice zu erhalten und im

Profil zu stärken. „Angesichts des Wirtschaftsaufschwungs, höherer Steuereinnahmen und insgesamt verbesserter Finanzsituation ist das Land Berlin aufgefordert, seiner Fürsorgepflicht für die Stiftung noch umfassender nachzukommen und sie angemessen zu finanzieren. Dabei ist wegen der Hauptstadtfunktion auch der Bund einzubeziehen“, fasste Sprecher Richard Charles aus Hamburg die Haltung der Betriebs- und Personalräte zusammen.

In einem zweiten Schwerpunkt befassten sich die Personal- und Betriebsräte mit der Sicherung von Arbeitnehmerrechten. Beschäftigtenrechte und die Tarifsituation standen im Mittelpunkt eines Treffens mit Sabine Schöneburg, der im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg für Theater und Bühnen zuständigen Sekretärin, am Abschlusstag. „Der Erfahrungsaustausch in der Bühnenkonferenz und die Autorität der Großen, die sie repräsentiert, sind ungeheuer wichtig“, so die Gewerkschafterin. „Eine Lobby für die Bühnen aus Beschäftigtenperspektive wird künftig noch bedeutsamer, weil die Problemlage hier und die Situation der Stadt- und Regionaltheater mit allgemeiner Mittelknappheit sich immer mehr ähneln.“ **neh**



Der Tisch ist reich gedeckt...

9. Deutsches Kinder- und Jugendtheatertreffen „Augenblick mal!“

Das Festival „Augenblick mal!“, das vom 2. bis 7. Mai 2007 in Berlin stattfand, hat sich seit Bestehen 1991 zum wichtigsten Treffen der Theatermacher aus aller Welt für das junge Publikum entwickelt. Zu diesem nunmehr 9. Deutschen Kinder- und Jugendtheater-Treffen hatten sich 350 Theaterfachleute aus 30 Nationen angesagt, um über Positionen und Ziele, aktuelle Tendenzen der Theaterkunst für Kinder und Jugendliche zu diskutieren

und sich über innovative Ansätze auszutauschen. Im Hauptprogramm waren zwölf herausragende Aufführungen für Kinder von andert-halb Jahren bis über das jugendliche Alter hinaus zu sehen. Zwei Kuratoren hatten in zwei Jahren die gesamte Bundesrepublik bereist. Beide kürten aus mehr als 100 von den Theatern und Experten vorgeschlagenen Inszenierungen jeweils sechs Inszenierungen, die zum Treffen – Hauptspielort ist traditionell das Theater an der Parkaue – eingeladen wurden. Petra Fischer (Stellvertretende Leiterin des Theaters an der Sihl und Dozentin der Hochschule für Musik und Theater, Zürich) über ihre

Kuratorentätigkeit für das Kindertheater: „Ich habe jedes Mal Theater geschenkt bekommen.“ Der Jugendtheaterkurator Jürgen Zielinski (Intendant des Theaters der Jungen Generation, Leipzig) würde gern „Preise für das beste Büh-

Ich habe Theater
geschenkt bekommen

nenbild, Raumlösungen, Schauspiel, Kostüme ...“ verleihen, um der erfreulichen Entwicklung in der Kinder- und Jugendtheaterszene Rechnung zu tragen. Erstmals wurde 2007 das Stipendienprogramm

„Young Europe“ angeboten, an dem 19 junge Theaterenthusiasten aus Großbritannien, Ungarn, Polen, den Niederlanden, Dänemark und Deutschland teilnahmen. Im Rahmenprogramm bot „Augenblick mal!“ theater- und medienpädagogische Projekte für und mit Kindern und Jugendlichen an und machte das Treffen durch eine Reihe von Kinder- und Jugendprojekten zum Ort der aktiven Gestaltung dieser Begegnung: Theater trifft Publikum – Publikum trifft Theater. Kinder interviewten, filmten und spielten.

Roswitha Weber

Weitere Informationen unter www.augenblickmal.de.

Kunst ohne Künstler?

Wirtschaftsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus befasste sich mit Bildender Kunst als hauptstädtischen Wirtschaftsfaktor



Die Kunst boomt, die Kunstszene wächst, Galerien werden eröffnet, Arbeitsplätze entstehen, das ist die allgemeine Bilanz. Der Ausschuss für Wirtschaft im Berliner Abgeordnetenhaus sieht deshalb in der Bildenden Kunst einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für Berlin. Vor diesem Hintergrund fand dort am 21. Mai eine Anhörung statt, zu der der Galeristenverband, eine Vertreterin des Art Forum sowie als Vertreter der Bildenden Künstler der Bundesvorsitzende der Fachgruppe Bildende Kunst von ver.di und der Geschäftsführer des BBK eingeladen waren.

Die Berichte ergaben folgendes Bild: Einerseits knüpft Berlin an die Tradition als Stadt der Bildenden Kunst, als Kunst- und Kulturmetropole an. So arbeiten über 5000 Kreative in der Hauptstadt, das sind fast 13 Prozent aller Bildenden Künstler Deutschlands. Ausstellungen finden ein immer größeres Echo. Bildende Kunst ist ein unübersehbarer Wirtschaftsfaktor für Berlin. Andererseits erreichen nur sieben Prozent der Berliner Künstler und Künstlerinnen einen Umsatz von über 16617 Euro im Jahr. Die meisten verdienen weniger, und viele fallen unter die Armutsgrenze. Fast 60 Prozent der Kunstprodukte werden ohne Galerien vertrieben, nur wenige Künstler haben feste Vertragsbeziehungen mit Galerien. Etwa 90 Prozent der Künstler und Künstlerinnen sind Produzenten und Verkäufer in einem.

Das verwundert nicht, denn auch die bisherige Wirtschaftsförderung geht an den Künstlern vorbei. Gefördert werden die Galerien, Käufer und Vermittler, nicht aber die Produzenten von Kunst. Dahinter steckt die Ideologie, dass die Vergabe von Geld direkt an die Künstler dazu führe, dass sie am Markt vorbeiproduzieren. Schon im Kulturwirtschaftsbericht 2005 der Senatoren für Wirtschaft und Kultur findet sich dieser Ansatz.



Seit 200 Jahren das gleiche Bild vom armen Künstler

In der sogenannten Wertschöpfungskette stehen zwar Bildende Künstler am Anfang, doch dann folgen nur die Galerien und Auktionshäuser, die den Kunden die Bilder vermitteln. Das entspricht nicht der Realität. Die meisten KünstlerInnen sind Produzenten und Vermarkter ihrer Werke.

Damit ist die bisherige Wirtschaftsförderung zumindest unvollständig. Man muss dringend

darüber nachdenken, wie die bisherigen Förder-Instrumentarien für Bildende Künstlerinnen und Künstler selbst praktikabel gemacht werden können. Grundsätzlich müssen Künstlerinnen und Künstler frei und unabhängig vom Markt arbeiten und leben können. Von diesem, im Grundgesetz verankerten Prinzip sind wir praktisch weit entfernt. Aber die KünstlerInnen fordern heute ein, dass sie am

kulturwirtschaftlichen Erfolg partizipieren. Dazu wurden von ver.di-Fachgruppe Bildende Kunst, Berlin-Brandenburg, und dem BBK folgende Forderungen an den Wirtschaftsausschuss gestellt:

Wirtschaftsförderungsprogramme müssen den KünstlerInnen zugänglich und ihren Bedürfnissen angepasst sein (Existenzgründungsprogramme, Produktionsprogramme, aber auch Messebeteiligungen). Bei Beantragung von Fördergeldern, z.B. für Kunstausstellungen auf Landes- wie Bezirksebene, ist zu sichern, dass Ausstellungshonorare für die Künstler sowie eine Ausstellungsvergütung gezahlt werden. Nötig sind überregionale Absatzförderung für die Berliner Kunst in Form von Unterstützung für Ausstellungs-beteiligungen im In- und Ausland sowie Überbrückungskredite für freiberuflich arbeitende Bildende KünstlerInnen. Zudem sollte eine Messe der professionell arbeitenden Künstler Kunden und Produzenten zueinander bringen, das klassische Instrument der Wirtschaftsförderung.

Die von den Vertretern der KünstlerInnen genannten Probleme und Vorschläge wurden von den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses durchaus aufmerksam aufgenommen. Es bleibt abzuwarten, wie daraus möglichst schnell praktische Politik wird. Geht es doch darum, Existenzgrundlagen zu sichern. Die Fachgruppe Bildende Kunst wird die Politik nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Gotthard Krupp

BUCHTIPP

LESEBUCH 60 JAHRE VVN

KLARTEXT 2007

Ein rundes Jubiläum feiert dieser Tage die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – kurz VVN. Zum 60. Jahrestag der Gründung des Verbandes ist ein Lesebuch zur Geschichte und Gegenwart der bis heute größten Organisation von Verfolgten des NS-Regimes entstanden.

Die VVN blickt auf unterschiedliche Entwicklungen und Traditionen in der BRD und in der DDR zurück. Seine Vereinigung feierte der Verband dabei erst vor wenigen Jahren. Noch immer wird der

antifaschistische Verband von innerstaatlichen Geheimdiensten überwacht.

Im Berliner Café Sibylle präsentierten Mitte Mai 2007 die Autoren Dr. Nicole Warmbold und Dr. Hans Coppi ihr Werk. In verschiedenen Beiträgen wird die Geschichte der VVN nachgezeichnet und sind die verschiedenen Arbeitsfelder vorgestellt. Den Hauptteil bilden jedoch 74 Beiträge von Gründern, Begleitern, Zeitzeugen, Freunden und Helfern der VVN. Unter den Autoren sind namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Kunst; darunter Peter Sodann, Kurt Goldstein, Esther Bergerano, Dr. Gregor Gysi, Prof. Dr. Lothar Bisky, Prof. Dr. Heinrich Fink, Dietrich Kittner, Dr. Norbert

Blümm, Dr. Hildegard Hamm-Brücher oder auch Gewerkschafter wie Annelie Buntentbach vom DGB-Bundesvorstand und Andreas Köhn von ver.di.

Die Vielzahl der Beiträge, aber vor allem die Vielfalt der Autoren haben das Lesebuch zu einem hoch interessanten Werk gemacht. Gerade die zum Teil sehr persönlichen Statements geben die Breite und die Verwurzelung der VVN in nahezu allen Bereichen der Gesellschaft wieder: politik-, klassen- und konfessionsübergreifend. **Florian Osuch**

60 Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Lesebuch zu Geschichte und Gegenwart der VVN. Hrsg. von Hans Coppi und Nicole Warmbold, Berlin 2007, 5,00 Euro, ISBN 978-3-00-021280-2. Bezug über www.vvn-bda.de

MEDIENGALERIE

Ausstellungen

23.6. bis 17.8.: Peter Trautner „Miniaturen“. Gouachen auf Messbuchblättern, Landkarten und Gegenständen, übermalte Blätter aus der illustrierten Monatschrift „Moderne Kunst“ von 1890. Peter Trautner (geb. 1930 in Essen) lernte Schlosser und arbeitete in verschiedenen Berufen, u.a. in einer Druckerei, bevor er 1990 freischaffender Künstler wurde. Er ist heute Vorsitzender des ver.di-Ortsvereins Düren.

Medien Galerie, Dudenstr.10, U-Bahnhof Platz der Luftbrücke, geöffnet Mo u. Frei 14 – 16 Uhr, Die 17 – 19 Uhr, Do 14 – 19 Uhr.

VERLAGE, DRUCK, PAPIER

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

MUSIK

Konzerte in der Medien Galerie: Die Fachgruppe Musik veranstaltet in Zusammenarbeit mit den Musikschulen immer am letzten Schulfreitag des Monats, Beginn 19.00 Uhr, eine Konzertreihe in der Medien Galerie, Dudenstr. 10 10965 Berlin, direkt am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke. Eintritt frei. Termine bis zu den Sommerferien: 29.6./13.7. Kontakt: lutzfussangel@t-online.de

Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landesfachgruppenvorstandes eingeladen. Nächster Termin: 29.6., 9.15 Uhr. Nachfrage bei Anke Jonas, Tel. 0 30/88 66 54 03

LITERATUR

Schreiben wir den Frieden: Wettbewerbsausschreibung Lyrik und Prosa zum Weltfriedenstag. Beiträge für das Buch- und Lesungsprojekt für Autoren und Jugendliche an: Kulturring in Berlin e. V., Allee der Kosmonauten 69, 12619 Berlin oder an frieden@tele2.de. Einsendeschluss: 31.7.2007. Aktuelle Informationen über www.friedenslesung.de

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“ ab 19.00 Uhr, Grolmanstr. 28,

Die HOMEPAGE des ver.di-FACHBEREICHES 8 im Landesbezirk Berlin-Brandenburg ist erreichbar unter: www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) oder vom S-Bahnhof Savignyplatz entfernt.

Stipendien 2008 für das Künstlerhaus Lukas in Ahrenshoop: Beantragung bis 15. Juli 2007. Infos unter: www.kuenstlerhaus-lukas.de

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden i. d. R. am 2. Montag des Monats statt, der erweiterte Vorstand tagt alle zwei Monate. Informationen: Georgia Weiland Tel. 030 / 88 66-54 12.

MEDIEN

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bhf. Karl-Marx-Str.) Gedankenaustausch, thematische Schwerpunkte, Rückfragen: Tel. 030/8 34 16 01, Evelin Gundlach und Guenter Messe, Tel. 030/56 82 48 40.

Medientreff für dju-Mitglieder und freie Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film AV-Produktion und Neuen Medien am zweiten Dienstag im Monat um 19 Uhr im Restaurant „Cum Laude“, Universitätsstraße 4, Berlin-Mitte.

Tagesseminar „Presserecht“: Am 21. Juli, 9.30 bis 16.30 Uhr, ver.di-Landesbezirk, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 6.055

SOLI-BASAR

Der traditionelle Solidaritätsbasar der Berliner Journalistinnen und Journalisten findet 2007 am Weltfriedenstag, am **1. September, von 10 bis 17 Uhr** wieder auf dem Alexanderplatz statt. Der Spendenerlös kommt der Ausstattung von Schulen in Sansibar und Tansania mit Lehrmaterialien und dort den Ärmsten der Region zugute. Dafür sorgt der Verein Demokratie und Integration Brandenburg e.V.: www.raa-brandenburg.de/aktuelles/Aufruf.Schirmherrin.ist.Daniela.Dahn.

Behandelt werden presserechtliche Fragen rund um die Bild- und Textberichterstattung. Referentin Birgit Wieland (Justiziarin im Berliner Verlag) erläutert juristische Fallstricke am konkreten Beispiel. Es geht u.a. um: Recht am eigenen Bild, Personen der Zeitgeschichte, Straftäter, Verbrechen- und Unfallopfer; um die Abgrenzung von Meinung und Tatsache, Berichte über Ermittlungsverfahren, Schlagzeilen; um Gegendarstellung etc. **Anmeldung:** Tel. 030-88 66 / 41 06, e-Mail: Andreas.Koehn@verdi.de, Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Gebühr: Mitglieder 13 €, Nichtmitglieder 50 €

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (im Mai am 21.05.; Dez. entfällt) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alter Krug“. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Gartenfest im Springbornklub am 20. Juni, ab 14 Uhr, 12487 Berlin, Springbornstraße.

Mitgliederversammlung am 21. September, 14 Uhr, ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, Raum 6.05 mit Heinz Florian Oertel über sein jüngstes Buch „Gott sei Dank: Schluss mit der Schwatzgesellschaft“, eine fiktive Diskussion mit ZDF-Moderator Peter Hahne über seine in Buchform erhobene Forderung nach Rückkehr zu Gott und alten Werten.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla Pingel, Tel.: 030/ 621 24 50, E-Mail: ulla.pingel@gmx.de. Claudia Spreen, Tel. 030/6 26 62 45, E-Mail CLSPR@t-online.de. Bernd Wagner, Tel.: 01 60/ 770 59 05, E-Mail: bernd.wagner@verdi-berlin.de

23. JUNI 07

Johannisfest im

Haus der Buchdrucker

15 Uhr Beginn: Die Bibliothek des Karl-Richter-Vereins e.V. hat geöffnet. Einblicke in Buchdrucker-Kunst und -Geschichte können gewonnen werden. Und es werden Filme gezeigt: Unter anderem: „Karl Richter – Die Gedanken sind frei“ Ein Film von Eberhard Görner, 2005,

15.30 Uhr bis 19.00 Uhr: Überraschungen und Spiele für Schusterjungen, Kinder und sonstige Kurze

16 Uhr: Ausstellungseröffnung in der MedienGalerie Peter Trautner „Miniaturen“, in Anwesenheit des Künstlers

ab 16 Uhr: Gert Schäfer und seine Gruppe Stix spielen Jazziges **18 Uhr:** „Langsam reicht's!“ Kluckes Kurz- und Kleinkunst – von und mit Einhart Klucke Außerdem Trank mit und ohne Speis, Gespräch statt Geschwätz, Wiedersehen und –begegnen, Zuhör'n nebst Erkenntnissen.

Sprachrohr 4/07

erscheint am 20.8.2007

Redaktionsschluss am 23.7.07

Impressum

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

nehrlich@pressebuero-transit.de
Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Scheler, Weißdornweg 17, 16552 Schildow
Tel: 03 30 56/22 46 71,
Fax: 03 30 56/944 18
Druck: Henke-Druck, Plauener Straße 160, 13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße

Ort

Bemerkungen

ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Neuer Arbeitsschwerpunkt oder Versetzung?

Bei Redakteuren in Tendenzbetrieben kommt es besonders auf den Arbeitsvertrag an

Ob sich ein Redakteur gegen die Zuweisung eines neuen Arbeitsschwerpunktes wehren kann, hängt maßgeblich von der Auslegung des konkreten Arbeitsvertrages ab.

Im folgenden Fall wehrte sich ein Redakteur einer Trierer Tageszeitung erfolglos gegen die Zuweisung eines neuen Arbeitsschwerpunktes. Seit 1998 war er als Redakteur angestellt. Zunächst arbeitete er in der Nachrichtenredaktion, wo ihm schließlich eine Stellvertreterstätigkeit übertragen wurde. Im Oktober 2002 wurde er in das Sportteam versetzt. Im März 2003 sprach die Arbeitgeberin eine Änderungskündigung aus, durch welche er seine Stellvertreterstätigkeit verloren hätte. Dagegen wehrte er sich durch eine Klage, die durch einen Vergleich beigelegt werden konnte. Der Vergleich regelte, dass der Redakteur ohne Stellvertreterstätigkeit unter Beibehaltung sämtlicher Bezüge weiter in der Sportredaktion beschäftigt blieb.

Im Oktober 2005 nahm die Herausgeberin eine Umstrukturierung der kompletten Redaktion vor. In diesem Rahmen wurden die Sportredaktion aufgelöst und die Arbeiten innerhalb der Redaktion neu verteilt. Der Redakteur erhielt die Anweisung, ab sofort „die Weltseite, Kultur- und Fernsehseiten, Bauen“ zu übernehmen. Der Betriebsrat wurde bei dieser Maßnahme nicht beteiligt.

Diese Zuweisung hielt der Redakteur für rechtswidrig und erhob erneut Klage vor dem Arbeitsgericht. Als Grund für die Rechtswidrigkeit führte er an, dass die Zuteilung des neuen Ar-

beitsbereiches nicht von dem arbeitsvertraglich festgelegten Direktionsrecht gedeckt sei und außerdem gegen den geschlossenen Vergleich verstoße. Ferner handele es sich hierbei um eine Versetzung iSd. § 95 BetrVG, so dass mangels Beteiligung des Betriebsrates eine Missachtung von Mitbestimmungsrechten vorläge.

Nach § 106 Gewerbeordnung kommt dem Arbeitgeber ein allgemeines Direktionsrecht zu, was dieser nach billigem Ermessen auszuüben hat. Eine weitere Grenze dieses Weisungsrechtes besteht dort, wo Arbeitsbedingungen anderweitig, beispiels-

Alles eine Sache der Auslegung

weise durch Arbeitsvertrag, festgelegt sind. Demnach hatte das Gericht zu beurteilen, ob die Zuweisung des neuen Arbeitsbereiches sich noch mit dem bestehenden Arbeitsvertrag vereinbaren ließ. Das Problem hierbei war, dass die Arbeitsverträge von sämtlichen Redakteuren der Tageszeitung der Arbeitgeberin ein umfassendes Weisungs- und Direktionsrecht einräumten. Laut Vertrag war es der Arbeitgeberin möglich, ihren Redakteuren ein „neues Arbeitsgebiet ohne Nachtragsvereinbarungen zuzuweisen“.

Der Redakteur argumentierte nun, dass das Direktionsrecht durch den geschlossenen Vergleich eingeschränkt worden sei. Dieser Argumentation wollte das Gericht aber nicht folgen. Vielmehr kam es bei der Auslegung

zu dem Ergebnis, dass der Vergleich lediglich eine Feststellung betreffe, nach welcher der Redakteur in der Sportredaktion angestellt „ist“ und nicht, dass er dies auch in Zukunft „bleibt“. Daher handle es sich bei dem Vergleich lediglich um eine „Zustandsbeschreibung“, welche das Direktionsrecht der Arbeitgeberin nicht tangiere.

Darüber hinaus hielt das Gericht die Rechte des Betriebsrates aus § 99 BetrVG für nicht berührt. Grundsätzlich ist der Betriebsrat nach dem § 99 BetrVG bei der Versetzung eines Arbeitnehmers zu beteiligen. Als Herausgeberin einer Tageszeitung ist die Arbeitgeberin ein Tendenzunternehmen nach § 118 BetrVG, wodurch die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates nur eingeschränkt gelten. So kann ein Betriebsrat in einem Tendenzunternehmen einer Versetzung zwar nicht widersprechen, jedoch hat der Arbeitgeber den Betriebsrat über eine Versetzung zumindest zu informieren. Das aber hatte die Herausgeberin der Zeitung unterlassen.

Dennoch hielt das Gericht die Rechte des Betriebsrates nicht für verletzt. Das Gericht sah in der Zuweisung des neuen Aufgabenbereiches keine Versetzung gemäß §§ 99, 95 BetrVG, sondern lediglich eine Schwerpunktverlagerung der ursprünglichen Tätigkeit. Die Art der Arbeitsaufgabe wäre demnach im Wesentlichen gleich geblieben. Auch der neue Aufgabenbereich entspreche der Tätigkeit eines Redakteurs und sei von dem zugrunde liegenden Arbeitsvertrag erfasst. Dies sei auch dann noch der Fall, wenn

der Redakteur kaum noch mit unmittelbarer Berichterstattung, sondern hauptsächlich mit der Zusammenstellung von Zeitungsseiten und Textbearbeitung zu tun habe. Nach Auffassung des Arbeitsgerichtes sei das Spektrum der Redakteurstätigkeit weit zu fassen und die technische Ausgestaltung dem Verfassen von Artikeln gleichgestellt.

Einschränkung kann auch sinnvoll sein

Das Urteil zeigt: Bei der Zuweisung eines neuen Arbeitsschwerpunktes kommt es letztendlich auf die Umstände des Einzelfalles an. Wenn ein so umfassendes arbeitsvertragliches Weisungsrecht nicht bestanden hätte oder durch den Vergleich explizit ausgeschlossen worden wäre, hätte die gerichtliche Entscheidung wohl anders ausgesehen.

Allerdings kann sich eine vertragliche Einschränkung des Weisungsrechtes des Arbeitgebers für den Arbeitnehmer auch als nachteilig erweisen, gibt Steffen Damm vom Rechtsschutz bei ver.di zu bedenken. Zwar wäre der Arbeitnehmer dann vor der Zuweisung eines neuen Arbeitsschwerpunktes besser geschützt. Doch im Fall einer betrieblichen Umstrukturierung, bei der genau dieser Arbeitsplatz wegfällt, wäre er umso mehr von einer betriebsbedingten Kündigung bedroht, da eine anderweitige Beschäftigung arbeitsvertraglich gerade nicht mehr möglich ist.

Matti Hauer

Arbeitsgericht Trier, Urteil vom 8. März 2006 – 1 Ca 1597/05